

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

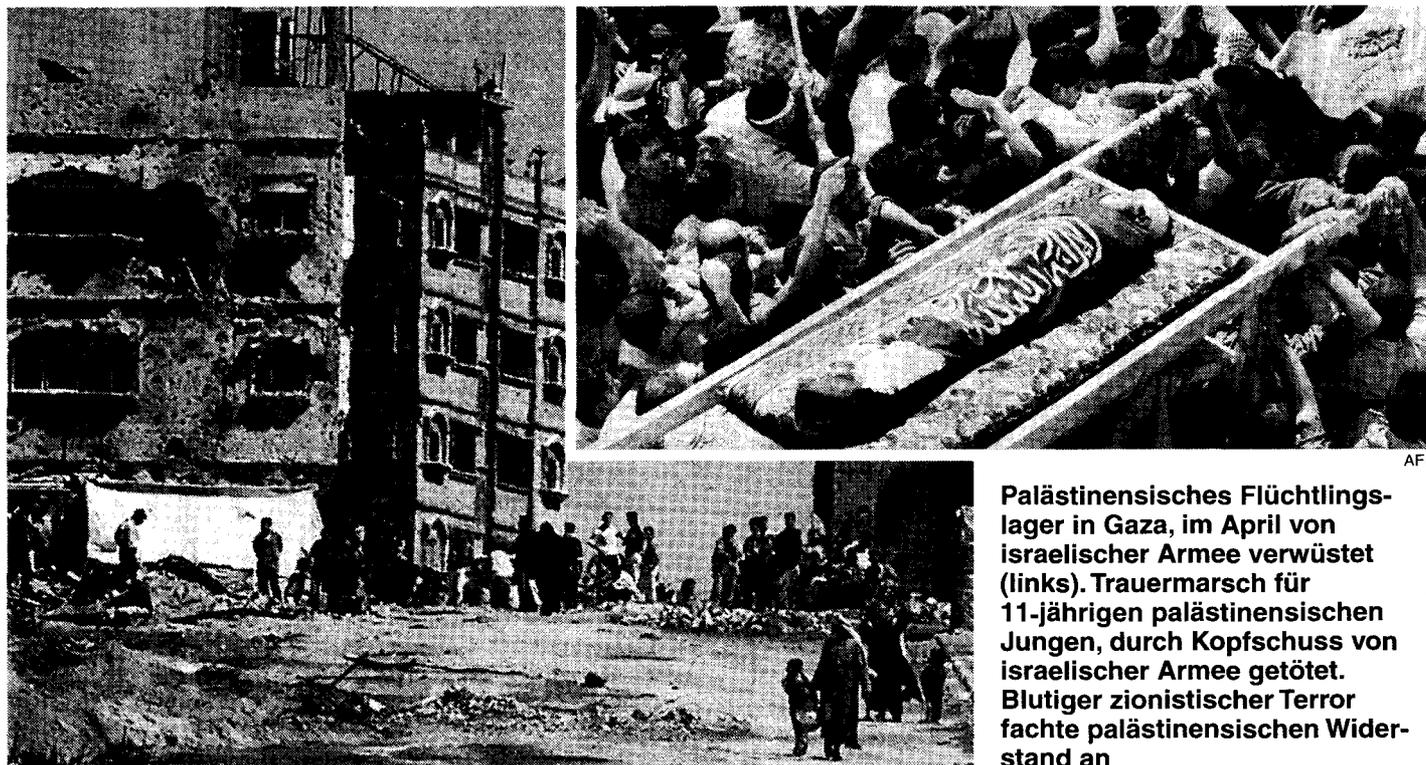


Nr. 144

SOMMER 2001

DM 1,-

Verteidigt das palästinensische Volk! Zionistische Schlächter eskalieren Krieg gegen Palästinenser



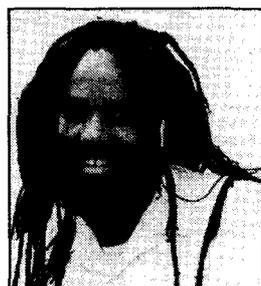
Palästinensisches Flüchtlingslager in Gaza, im April von israelischer Armee verwüstet (links). Trauermarsch für 11-jährigen palästinensischen Jungen, durch Kopfschuss von israelischer Armee getötet. Blutiger zionistischer Terror fachte palästinensischen Widerstand an

Castelnuovo/NY Times

4. Juni – Arbeitende Menschen und Minderheiten in der ganzen Welt haben die äußerst dringliche Aufgabe, das palästinensische Volk gegen die kapitalistischen Herrscher des zionistischen Israel zu verteidigen. In einer blutigen Absichtserklärung setzte die Regierung von Premierminister Ariel Scharon vor zwei Wochen von den USA gelieferte F-16-Kampfbomber ein, um Gebäude der Palästinensischen Autonomie-

behörde (PA) in die Luft zu sprengen. Nach dem F-16-Angriff verkündete Scharon auf Drängen der USA zynisch einen „begrenzten Waffenstillstand“; währenddessen machte das israelische Militär weiter, tötete fast ein Dutzend weitere Palästinenser, fiel in angeblich „autonome“ Bereiche der besetzten Gebiete ein, riss Häuser nieder und zerstörte Farmen. Jetzt ist sogar dieser Schein-Waffenstillstand vollständig beendet worden, da die zionistischen Herrscher

Fortgesetzt auf Seite 10



**Neue Beweise zerschmettern das Komplott
Mobilisiert jetzt für Mumias Befreiung ... Seite 3**

Tödliche Bullengewalt gegen linke Demonstranten in Schweden

Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Die unten abgedruckte Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga wurde am 16. Juni von den IKL-Sektionen international auf Protestdemonstrationen und an Gewerkschaften, linke Organisationen und die Presse verteilt, am Tage nachdem die Polizei in Göteborg „Antiglobalisierungs“-Demonstranten mit Schusswaffen angegriffen hatte. Der sozialdemokratische Premierminister Göran Persson, dessen Regierung auch die Kommunistische Partei und die Grünen angehören, verglich die jungen linken Demonstranten groteskerweise mit „faschistischen Elementen der zwanziger und dreißiger Jahre“ (*Frankfurter Rundschau*, 19. Juni). Unterdessen liegt einer der drei Demonstranten, auf die Perssons Bullen geschossen haben – *in den Rücken geschossen*, als er weglief –, noch in kritischem Zustand im Krankenhaus. Über 500 Menschen wurden festgenommen und einige sind noch im Gefängnis.

Am 24. Juni entfesselte die rechte Regierung unter dem spanischen Premierminister José María Aznar ihre Bullen gegen „Antiglobalisierungs“-Demonstranten in Barcelona. Demonstranten berichten, dass Polizeiprovokateure eine Auseinandersetzung anstifteten als Vorwand für den Bul-

lenangriff, bei dem 19 Menschen festgenommen wurden. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Demonstranten von Göteborg und Barcelona!

Nach diesen blutigen Bullenangriffen tauchen bedrohliche Berichte über die Pläne auf, die von der neu gewählten italienischen Regierung des rechten Premierministers Silvio Berlusconi vorbereitet werden, um gegen die Proteste gegen den G-8-Gipfel der imperialistischen Mächte, der am 20. Juli in Genua beginnt, vorzugehen. Dem *Spiegel* vom 25. Juni zufolge hat die Stadt zusätzlich zu „Spezialtraining“ und Verstärkung auf 18000 Bullen 200 *Leichensäcke* bereitgestellt und hat „einen Kühlraum von wenigstens 500 Quadratmetern zur Unterbringung von Leichen im Falle katastrophaler Ereignisse“ angemietet. Diese erschreckenden Pläne unterstreichen, wie dringend notwendig es ist, dass die kämpferische italienische Arbeiterbewegung zur Verteidigung der linken Demonstranten mobilisiert.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) protestiert schärfstens gegen die brutalen Angriffe der schwedischen Polizei – die in die Menge schoss und mit Kampfhunden Demonstranten übel zurichtete – während des Gipfels der Europäischen Union (EU) in Göteborg! *Wir fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten Demonstranten!*

Das ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass Bullen in irgendeinem westeuropäischen Land mit scharfer Munition auf Demonstranten geschossen haben. Ein junger Demonstrant wurde lebensgefährlich verletzt und wird vielleicht sterben. Die Kugeln, die anarchistische Jugendliche getroffen haben, waren gegen die Arbeiterklasse von Europa gerichtet, die zunehmend mit Streiks und Protesten gegen die umfassenden Maßnahmen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen kämpft. Die Schüsse in Göteborg waren eine tödliche Botschaft der Europäischen Union an die Arbeiter in Europa.

Die sozialdemokratischen Regierungschefs, die sich in Göteborg versammelt hatten, begrüßten geschlossen den Bullenangriff und verurteilten die jungen Demonstranten. Der britische Labour-Premierminister Tony Blair trieb die Heuchelei auf die Spitze, als er das „Rowdytum“ der Demonstranten verurteilte. Der deutsche sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder wettete: „Wir müssen diese Gewalttäter mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgen.“ Ihr Gesetz soll ihre kapitalistische Ordnung und ihr ganzes System der Ausbeutung und Ungerechtigkeit schützen.

Die Maske ist runter – das ist das wahre Gesicht des „sozialen Europas“. Wer kann danach noch die Lügen glauben, die von den Irreführern der Arbeiterbewegung und den reformistischen Linken, die Illusionen in diese Bande von Mördern und Dieben schüren, verbreitet werden? Das Blut auf den Straßen von Göteborg zeigt, was die Massen der halbkolonialen Welt und ethnische Minderheiten in den imperialistischen Metropolen die ganze Zeit durchmachen. Jetzt wird dies bei Bullenangriffen auf „Anti-Globalisierungs“-Demonstranten zunehmend zur Regel. Wo sich eine internationale wirtschaftliche Rezession abzeichnet, ist es unbedingt notwendig, die Arbeiterbewegung zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und der Interessen aller Unterdrückten gegen die raubgierigen kapitalistischen

Fortgesetzt auf Seite 15

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 144

SOMMER 2001

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, beigelegt.

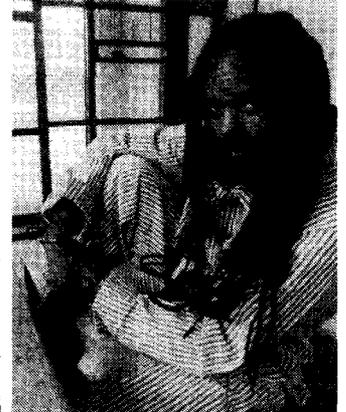
Neue Beweise zerschmettern Komplott

Mobilisiert jetzt für die Befreiung von Mumia!

Die brisanten neuen Beweise, die am 4. Mai von Mumia Abu-Jamals neuen Anwälten vorgelegt wurden, erhärten ohne den geringsten Zweifel das, was seit seiner Verhaftung im Dezember 1981 klar war, als er zu Unrecht beschuldigt wurde, Daniel Faulkner, einen Polizisten aus Philadelphia, ermordet zu haben: *Mumia Abu-Jamal ist unschuldig*. Die neuen Prozessdokumente beinhalten eidesstattliche Erklärungen, die seine Unschuld bezeugen, nicht nur von Jamal selbst und von seinem Bruder Billy Cook, der am Tatort war, sondern auch ein *eidesstattliches Geständnis* des Mannes, der Faulkner wirklich erschoss. In einer unterschriebenen Erklärung bezeugt Arnold Beverly, er sei „zusammen mit einem anderen Typen angeheuert und bezahlt [worden], um Faulkner zu erschießen“, denn Faulkner soll „ein Problem für den Mob [Mafia] und korrupte Polizeibeamte“ gewesen sein. Die Erklärung geht weiter: „Faulkner wurde in den Rücken und dann ins Gesicht geschossen, bevor Jamal am Tatort erschien. Jamal hatte nichts mit der Erschießung zu tun.“

In seiner eigenen eidesstattlichen Erklärung stellt Jamal fest: „Ich habe den Polizisten Faulkner nicht erschossen. Ich habe mit der Ermordung von Officer Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig.“ Jamal sagt aus, er habe, als er gerade in dem Taxi, das er damals fuhr, sein Fahrtenformular ausfüllte,

Schreie gehört und „meinen Bruder [erkannt], der taumelnd und schwindelig auf der Straße stand. Ich stieg sofort aus dem Taxi aus und rannte auf seinen Schrei zu. Als ich über die Straße lief, sah ich einen uniformierten



Saul/Philadelphia Inquirer



Workers Vanguard

San Francisco, 12. Mai: SL-Kontingent kämpft für Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Schwarzen, gegen reformistisches Vertrauen in kapitalistisches „Rechts“system

Bullen, der sich mir mit der Waffe in der Hand zuwandte, sah einen Blitz und sank auf die Knie. Ich schloss meine Augen und saß still, um Luft zu bekommen. Als Nächstes erinnere ich mich daran, wie ich getreten, geschlagen

und aus einer Benommenheit erweckt wurde. Als ich meine Augen öffnete, sah ich mich von Bullen umringt. Sie brüllten und fluchten, rissen und zerrten an mir.“

Dies zertrümmert die abgekartete Anklage, die Mumia Abu-Jamal vor 19 Jahren in Pennsylvanias Todestrakt befördert hatte. Und genau aus diesem Grunde ist über die Beweise, die Jamals neue Anwälte vorgelegt haben, eine totale Nachrichtensperre von Seiten der kapitalistischen Medien außerhalb Philadelphias verhängt worden. Deren Mauer des Schweigens zielt darauf ab, den Kreuzzug des kapitalistischen Staates zu unterstützen, der diesen ehemaligen Sprecher der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer und wortgewandten Journalisten, bekannt als „Stimme der Entrechteten“ für seine beißenden Anklagen gegen die rassistische kapitalistische „Justiz“, für immer zum Schweigen bringen will.

Aus dem gleichen Grund sollten diese dramatischen neuen Beweise als Aufruf dienen an die vielen Werktätigen, Schwarzen, antirassistischen Jugendlichen und Gegner der barbarischen Todesstrafe, die zur Unterstützung von Mumias Sache in diesem Lande und in der ganzen Welt zusammengeströmt sind, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. In ihrer Rede auf einer Kundgebung in Philadelphia am 12. Mai sagte Jamals neue führende Anwältin Marlene Kamish den Demonstranten, die neuen Dokumente

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Veranstaltungen

**Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Hamburg

**Freitag, 13. Juli 2001, 19.00 Uhr
Deutsch-ausländische Begegnungsstätte
Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze**

Berlin

**Dienstag, 19. Juli 2001, 18.30 Uhr
KATO, im U-Bahnhof Schlesisches Tor**

Mumia: „Viele von euch weigern sich, sich vom System zu lösen“

Die folgende Erklärung wurde am 10. Mai von Mumia Abu-Jamal herausgegeben und auf den Kundgebungen am 12. Mai in Philadelphia und San Francisco verlesen.

Liebe Schwestern, Brüder, Freunde und Feinde, wir sind an einem Scheideweg – einem, der durch Zeit, Geschichte, Umstände und sogar Zufall bestimmt ist.

Wir sind hier, weil es der richtige Ort und die richtige Zeit dafür ist. Ich danke euch allen, dass ihr euch diesem Lager angeschlossen habt, in der Hoffnung, auf unserem nächsten derartigen Zusammentreffen bei euch zu sein.

Viele von euch haben gesagt, dass ihr kein Vertrauen in das System habt, doch in eurem Herzen weigert ihr euch, euch davon zu lösen.

Anwälte sind keine Makler der Bequemlichkeit, die man wie seine Hemden auswechselt.

Sie sind Makler der Freiheit oder sie sind Diener und Gehilfen der Unterdrückung.

Ich erhielt einige Kritik wegen der jüngsten Änderungen in meinem Verteidigerteam. Ich fürchte Kritik

nicht, aber ich muss sagen, dass ich mit dieser nicht übereinstimme.

Ihr habt Anwälte gesehen, die hemmungslos ihre eigenen Regeln verletzt haben, mit dem Segen der Gerichte.

Wie könnt ihr sagen, ihr habt kein Vertrauen in das System, und dann Anwälten vertrauen, die die Interessen ihres so genannten Klienten verraten haben?

Ich danke euch allen, dass ihr bei diesem fortwährenden Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit mitmacht.

Und solltet ihr euch zufällig entscheiden, nicht mit mir zu gehen, so habe ich eine einfache Bitte: Steht mir nicht im Weg.

Um John Afrika zu zitieren: „Freiheit duldet keinen Aufschub. Orientierung ist notwendig und Freiheit kann nicht durch die Meinung von irgendeinem verdammten Richter genommen werden.“

Ich danke euch

Ona Move

Lang lebe John Africa



kein Bildnachweis

Jamal im Krankenhaus, nachdem er im Dezember 1981 von Bullen angeschossen und verprügelt worden war

Mumia...

Fortsetzung von Seite 3

„sollten euren Elan steigern und euch Mut, Begeisterung und Zuversicht geben... Wir wollen nichts davon hören, dass Mumia noch einen weiteren Tag in diesem Gefängnis bleiben soll. Wir wollen nichts davon hören! Wir wollen ihn raushaben! Wir wollen ihn jetzt raushaben! Wir wollen ihn freihaben!“

Jamals Verurteilung basierte auf erzwungener erlogener Zeugenaussage ohne die Spur eines Tatsachenbeweises. Der Staatsanwalt erwirkte die Todesstrafe für Jamal wegen dessen radikaler politischer Gesinnung als Black Panther. Die Kampagne für seine Hinrichtung zeigt ganz deutlich den wahren Charakter des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Sie ist die Fortsetzung der COINTELPRO-Terrorkampagne des FBI, durch die Dutzende Black Panthers vom Staat ermordet wurden. Sie ist eine Vorführung der Unterdrückungsmaschinerie, die von den kapitalistischen Herrschern gegen jede vermeintliche Bedrohung eines Systems in Gang gesetzt wird, das auf der Ausbeutung der vielen durch die wenigen beruht und das in Amerika die gewalt-

same Unterjochung der schwarzen Bevölkerung am unteren Ende der Gesellschaft zur Grundlage hat.

Während die Herrscher ihre wahre Freude haben an der sagenhaften Steigerung ihrer Profite, die sie durch die zunehmende Ausbeutung der Arbeiter und die brutale Verelendung der Armen erzielen, erlassen sie ständig neue Gesetze, um diejenigen zu bestrafen, die Widerstand leisten. In einer Botschaft vor einigen Jahren aus der Todeszelle bemerkte Mumia selber wortgewandt:

„Die Ausweitung der Todesstrafe auf Dutzende neuer Verbrechen ist kein Spiegelbild eines sicheren Staates, sondern eines Staates, der in *Unsicherheit* schwimmt, eines Systems, das seiner selbst unsicher ist. Wenn sie die Verfassung durchlöchern und Richter hervorbringen, die zu einer Star Chamber [Kammergericht nach dem Vorbild der Inquisition] passen, untergraben sie genau den Boden, auf dem sie stehen, und beschleunigen ihren Sturz. Diese Regierung, die Babys in Philadelphia und in Bagdad bombardiert hat, die Babys in Somalia niedermächt, bereitet den Boden für ihre eigene Vernichtung. Es ist Zeit, nicht für Konfusion, sondern für die Gelegenheit, das, was *ist*, umzuwandeln in das, was sein muss.“

Was sein muss, ist ein massiver Kampf für Jamals Freiheit, der sich vor allem auf die soziale Macht der multirassischen Arbeiterklasse stützt! Die Gewerkschaften basieren auf der einzigen bedeutenden Integration im rassistischen Amerika – am Arbeitsplatz und in der Fabrikhalle – und haben daher die soziale Macht und das Potenzial, zu Bataillonen im Kampf gegen Rassismus und Ausbeutung zu werden und die Grundlagen dieses niedergehenden kapitalistischen Systems zu erschüttern. In diese Richtung wäre der Kampf zur Befreiung Mumias und zur Abschaffung der rassistischen Todesstrafe, wenn es dabei zu einer Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung kommt, ein erster riesiger Schritt. Dazu muss die Arbeiterbewegung die von den verräterischen Gewerkschaftsführern geschmiedeten Ketten zerbrechen, mit denen die Gewerkschaften an die politischen Parteien und staatlichen Agenturen des Klassenfeindes gekettet werden. Das ist die Klassenkampfperspektive, für die die Spartacist League [SL/U.S. - unsere amerikanische Schwesterorganisation] und das Partisan Defense Committee [PDC - Schwesterorganisation des Komitees für soziale

Fortgesetzt auf Seite 24

Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!

In Berlin wurden in letzter Zeit die Hälfte der Grundschulen, in denen Kinder gleichzeitig auf Türkisch und Deutsch unterrichtet werden, aus diesem Programm herausgenommen. Die Spartakist-Jugend ist gegen die Streichung des türkisch-deutschsprachigen Unterrichts in Schulen. Die Streichung ist Teil einer rassistischen Kampagne, Jugendliche der zweiten und dritten Generation immer mehr in das ökonomische und gesellschaftliche Abseits zu drängen und Immigranten in Berlin für die zunehmende Armut und steigende Arbeitslosigkeit ihrer Familien selbst verantwortlich zu machen.

Anfang der 80er-Jahre wurden mehrere Schulversuche von engagierten Grundschullehrern als Lernbrücke für türkischsprachige Kinder initiiert, die bei der Einschulung zu wenig Deutschkenntnisse hatten, um den Unterrichtsthemen zu folgen. Über sechs Jahre zweisprachiges Lernen sollte es ihnen ermöglicht werden, den Rückstand zu ihren deutschsprachigen Mitschülern aufzuholen. Bis 1993/94 waren es 16 Grundschulen, an denen zweisprachig unterrichtet wurde, und acht Gymnasien, an denen Türkisch eine zweite Fremdsprache war. Im Rahmen der gesamten Kürzungspolitik wurde eine Grundschule nach der anderen aus diesem Programm herausgenommen, so dass heute nur noch acht Grundschulen übrig sind, an denen es den zweisprachigen Unterricht gibt.

Als Marxisten sind wir gegen jeden Versuch, Deutsch als „offizielle“ Sprache aufzuzwingen. Wir stehen in der Tradition von W. I. Lenin, Führer der Russischen Revolution von 1917, der schrieb: „Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache“. Wir kämpfen für die volle Gleichheit aller Sprachen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und verteidigen zweisprachigen Unterricht gegen deut-



Wochenblatt Tiergarten

Türkisch-deutsche Kindertagesstätte in Berlin gibt Kindern die Möglichkeit zweisprachig aufzuwachsen

schen Chauvinismus. Gleichzeitig verstehen wir, dass es für diejenigen, die hier leben, lebenswichtig ist, Deutsch lernen zu können, weil dies das einzige Mittel für die Integration in eine deutschsprachige industrielle Gesellschaft ist, die eine gemeinsame Sprache für Produktion und Handel verlangt.

Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache. Wir sind für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle Kinder. Aber sogar die zarten Versuche zum zweisprachigen Unterricht in Berlin sind gescheitert oder sind jetzt in Gefahr, weil sie gegen die Prioritäten der deutschen Bourgeoisie prallen. In den 60er-Jahren wurden Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan nach Deutschland geholt, um die niedrig bezahlten, dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten zu erledigen. Mitte der 80er-Jahre wollte die Bourgeoisie sicherstellen, auch Jugendliche türkischer und kurdischer Abstammung effektiv in Berufen ausbeuten zu können, die ein höheres Maß an Ausbildung erfordern, und hielt einen begrenzten Unterricht auf Türkisch für sinnvoll. Aber bei Ende der zweisprachigen Schulversuche hatte 1990 die Konterrevolution stattgefunden, und mit der Wiedereinführung des Kapitalismus in Osteuropa stand der Bourgeoisie wieder ein großer Pool hoch qualifizierter und billiger Arbeiter Osteuropas zur Verfügung. Sie sieht keine Notwendigkeit mehr, für die Arbeiter einen relativ hohen Lebensstandard in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten aufrechtzuerhalten. Heute betrachtet die deutsche Bourgeoisie Jugendliche türkischer und kurdischer Abstammung als überflüssig und fürchtet sie als sozialen Sprengstoff.

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist der gegen eingewanderte Arbeiter gerichtete Rassismus die Hauptachse staatlicher und gesellschaftlicher Reaktion in Deutschland und das Hauptinstrument der Kapitalisten, die Arbeiterklasse zu spalten und zu beherrschen. Die multiethnische Arbeiterklasse muss mobilisiert werden gegen die Streichung des zweisprachigen Unterrichts in den Schulen und

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist-Jugend

Hamburg

Freitag, 20. Juli 2001, 18 Uhr

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Clubraum der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
(Nähe S-Bahn Altona)

Kontakt: (0 40) 32 36 44

Berlin

Dienstag, 17. Juli 2001, 18 Uhr

**Die Lehren der Pariser Kommune.
Der bürgerliche Staat muss zerschlagen werden!**

Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
(Humboldt-Universität)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Stoppt Angriffe...

Fortsetzung von Seite 5

gegen alle Formen des Chauvinismus gegen Immigranten, weil jeder dieser Angriffe ein Angriff gegen die Arbeiterklasse selbst ist. Für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Viele Eltern von Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sind integrierter Teil der Arbeiterklasse in den großen Metall- und Autobetrieben in Berlin wie Osram und DaimlerChrysler. Wenn das Recht ihrer Kinder auf bestmögliche Bildung in der Sprache ihrer Wahl angegriffen wird, wenn ihnen der Zugang zu einer Berufsausbildung verwehrt wird, so ist das ein Versuch, deutsche Arbeiter gegen immigrierte Arbeiter auszuspielen und so die Arbeiterklasse gespalten zu halten.

Schulsystem diskriminiert Minderheiten

Obwohl der Staat auf Papier kostenlose Bildung bis zur neunten Klasse für alle Kinder formell „garantiert“, ist dieses Schulsystem ein reines Zweiklassensystem, das gegen Kinder aus Arbeiter- und Immigrantenfamilien gerichtet ist. Die massiven Streichungen in den letzten zehn Jahren im Schulwesen machten es vor allem für arme Familien kaum möglich, ihren Kindern eine gute Ausbildung zu finanzieren. Viele Kitas sind geschlossen worden und generell zu teuer. In der Schule fallen Stunden regelmäßig aus, da krank gewordene Lehrer nicht mehr vertreten und auch keine neuen eingestellt werden. Schulbücher sind über 20 Jahre alt. Für viele Kinder eingewandeter Arbeiter kommt dazu die Sprachhürde und die tagtägliche rassistische Diskriminierung. So bleibt Bildung ein Privileg für die reichen Deutschen! Die Folgen sind verheerend. 19,3 Prozent dieser Jugendlichen schaffen keinen Schulabschluss, eine Zahl 2,5-mal höher als bei anderen Schülern. Damit haben sie keine Chance auf einen Job oder eine Ausbildung.

Zudem verfügt das deutsche Schulsystem über eine ausgefeilte und erbarmungslose Aussortierungsmaschinerie, die schon nach der Grundschule anfängt, Schüler in drei weiterführende Schulsysteme einzusortieren. In den Gymnasien sind Klassen kleiner und die Schulausrüstung ist viel besser als in Real- und Hauptschulen, wo „nur“ die Kinder der multiethnischen Arbeiterklasse ausgebildet werden im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Elite. Auch in den so genannten Gesamtschulen, die als ein fortschrittlicheres Schulsystem gelten, werden die Schüler ebenfalls in drei Schichten (Kursarten) eingeteilt. Mit der Vergabe und Nichtvergabe von „Empfehlungen“ wird bestimmt, wer zur kleinbürgerlichen Elite gehört und wer nicht; so werden heute Kinder ethnischer Minderheiten als erste aus dem Schulsystem ausgespuckt.

SPD-Schulsenator Böger tat schockiert, als eine entsprechende Statistik durch die Presse ging, und redete von der Notwendigkeit der Verbesserung der Sprachkenntnisse von Kindern und Jugendlichen türkischer Herkunft und von Integration. Aber nicht nur wurden im Schulwesen weitere Mittel zu diesem Zweck gekürzt, sondern in der bürgerlichen Presse und in der Schulverwaltung ging die giftige

Kampagne los, die Opfer der Diskriminierung in Täter zu verwandeln. Die Eltern bekommen für alle Probleme ihrer Kinder die Schuld: dafür, dass diese nicht richtig türkisch sprechen können, und erst recht dafür, dass die Kinder nur türkisch (bzw. kurdisch) sprechen und nicht deutsch! Der Türkische Elternverein, der eine Menschenkette gegen die Abschaffung des Projektes organisierte, protestierte mit Recht gegen diese rassistischen Vorurteile, durch die türkische Eltern diffamiert werden.

Hinter dieser Lügenkampagne steht die Drohung des bürgerlichen Staats, Strafen für mangelnde Deutschkenntnisse aufzuerlegen oder abzuschieben, je nach seinen Prioritäten. Wie die *Rheinische Post* berichtete, drohte Nordrhein-Westfalens SPD-Innenminister Behrens, wer „nicht lernen will, müsse finanzielle Einbußen oder gar Ausreise in Kauf nehmen“ (9. April). Solche Drohungen entsprechen dem reaktionären sozialen Klima unter der SPD/Grünen-Regierung, deren neues Ausländergesetz noch schärfer ist als das alte. Darin werden geheimdienstliche Überwachung und Überprüfung auf „Verfassungstreue“ vorgesehen sowie die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. Das Gesetz raubt allen, die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erhalten, die Möglichkeit zur deutschen Staatsbürgerschaft. Je nach den Bedürfnissen von Schröders Kumpeln in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sollen diese Bestimmungen Immigranten einschüchtern oder abschieben.

Gewerkschaftsbürokratie schürt Illusionen in bürgerlichen Staat

Vor allem von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie wird die Illusion geschürt, dass der bürgerliche Staat gezwungen werden kann, für die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu sorgen. Dies ist eine Illusion der gefährlichsten Art, weil dadurch die Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat gekettet wird. In einer GEW-Broschüre von 1993 forderte der damalige Vorsitzende der GEW, Dieter Wunder, „es muß politisch endlich durchgesetzt werden, daß jedes Kind Unterricht in seiner tatsächlichen Muttersprache erhält. Das kurdische Kind also Kurdisch und nicht Türkisch und das ghanesische Kind nicht Englisch, sondern beispielsweise Ewe.“ Diese an sich richtige Forderung will er aber wie folgt „politisch“ durchsetzen: „Die Menschen deutscher und ausländischer Nationalität müssen lernen, miteinander zu leben und diesen Staat und seine Gesellschaft, die Bundesrepublik Deutschland, als gemeinsame Aufgabe zu begreifen, an deren Entwicklung alle Bürgerinnen und Bürger, auch die eingewanderten, beteiligt sind. Das Grundgesetz, seine Ausdeutung, seine Weiterentwicklung sind nicht Angelegenheit von 90 Prozent Menschen, sondern Angelegenheit aller Menschen in Deutschland.“

Aber das Grundgesetz ist weder „Angelegenheit“ von 90 Prozent noch die aller Menschen, sondern es ist einfach das Regelwerk dieses durch und durch rassistischen Staates, dessen wesentlichste Aufgabe darin besteht, die Herrschaft der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen. Wunder aber ermahnt die Mitglieder der GEW, eben diesem Staat die Durchsetzung dieser demokratischen Forderung zu übertragen und sich an seiner „Entwicklung“ zu „beteiligen“. Aber volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, und das Recht auf die eigene Sprache werden nur erungen, wenn die Arbeiterklasse von diesen sozialdemokratischen Irreführern mit ihrer Liebe zum imperialistischen deutschen Staat bricht und mit einer revolutionären Führung für ihre eigenen Klasseninteressen kämpft.

Während die SPD vor allem unter Immigranten gehasst wird, wird die PDS von vielen Jugendlichen der zweiten

Fortgesetzt auf Seite 9

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

DGB-Ausverkäufer fürchten Signalwirkung des Pilotenstreiks

Am 8. Juni einigten sich die Verhandlungsführer der Lufthansa und der Vereinigung Cockpit darauf, dass die Lufthansa-Piloten eine Lohnerhöhung von ca. 14 Prozent bekommen. Darüber hinaus zahlt die Lufthansa an die Piloten eine Gewinnbeteiligung von zwei Monatsgehältern. Damit liegt das Ergebnis der Schlichtung im Wesentlichen bei dem, was die Lufthansa den Piloten sofort anbot, nachdem sie angefangen hatten zu streiken. Wir haben gewarnt, dass die Schlichtung eine Falle ist, bei der die Piloten nur verlieren können. Dennoch hat die Tatsache, dass die Piloten eine reale Lohnerhöhung erkämpft haben, ein Signal an die Arbeiterklasse geschickt. Nicht nur das Boden- und Kabinenpersonal der Lufthansa fordern jetzt Nachschläge. Der Unmut über niedrige Lohnabschlüsse wächst zunehmend in ver.di und IG Metall.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die in den letzten Jahren immer wieder die Kämpfe von Arbeitern gegen Riesters Rentenreform und für reale Lohnerhöhungen ausverkauft hat, befürchtet, dass zukünftige Streiks das klassenkollaborationistische Modell der „Sozialpartnerschaft“ zerschmettern könnten. Das war der Grund für die Hetze der DGB-Bürokraten gegen die Piloten. Im Berliner *Tagesspiegel* vom 11. Juni wettet DGB-Chef Schulte noch einmal über „eine kleine Gruppe aus einem Schlüsselbereich – und da könnte ich noch zehn andere nennen – [die] nicht solidarisch und ohne Rücksicht auf Verluste agiert. Ohne Flächentarifverträge hätten wir die Lufthansa/Cockpit Situation jeden Monat zwei Mal.“ Worüber sich Schulte hier Sorgen macht, ist, dass Teile der Arbeiterklasse der Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie entgleiten können, die durch „Friedenspflicht“ und „Schlichtungen“ versucht, die gerechten Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und einem Ende der Angriffe auf ihren Lebensstandard auszuverkaufen.

Nachstehend drucken wir leicht redigiert unser Flugblatt zum Pilotenstreik vom 29. Mai ab, das wir in Hamburg und Berlin am Flughafen, vor Betrieben und an den Universitäten verteilten.

Sieg dem Pilotenstreik!

Mit drei Streiktagen im Wochentakt haben die Lufthansapiloten ein machtvolles Beispiel für die gesamte Arbeiterklasse gegeben mit ihrem Kampf für 30 Prozent Lohnerhöhung, nachdem sie 1991/92 Lohnkürzungen von 28 Prozent geschluckt hatten zugunsten der Sanierung von Lufthansa. Trotz der bösartigen Hetzkampagne gegen die Piloten sind ihre mutigen Forderungen und ihr effektiver Streik zum polarisierenden Diskussthema unter Arbeitern in ganz



Hamburger Morgenpost

Während DGB-Bürokraten gegen Piloten hetzten, intervenierten Spartakisten für den Sieg des Pilotenstreiks, warnten vor Schlichtung. Streikende Lufthansa-Piloten (unten)



Tim Wegner / LAIF

Deutschland geworden und haben ein positives Echo sowohl unter Arbeitern anderer Fluglinien als auch unter Arbeitern anderer Industriezweige gefunden, die mit Sanierungen, Lohnkürzungen und zunehmender Arbeitshetze konfrontiert sind. Ein Sieg der Lufthansa-Piloten wäre ein Schlag gegen die Bosse, die, um ihre Profite zu erhöhen, den Lebensstandard der Arbeiterklasse drastisch angreifen. Und es wäre auch ein Schlag gegen die Austeritätskampagne der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, die einen breiten Angriff auf die Arbeiterklasse durchführt, von Spritpreisen und Rentenkürzungen zu rassistischem Staatsterror und Deportationen. Ein Sieg der Piloten wäre Ansporn für all

Fortgesetzt auf Seite 8

Pilotenstreik...

Fortsetzung von Seite 7

jene, die dafür kämpfen, die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten zu verteidigen.

Tatsächlich ist der Streik bei vielen Arbeitern populär. Am ersten Streiktag beschrieb die *Frankfurter Rundschau* die Haltung einer Angestellten von Condor: „Sie arbeitet nur in der Kabine und hätte auch gern 30 Prozent statt 3 Prozent mehr Lohn, aber gleichzeitig klingt da auch Verständnis, ja sogar ein Stück Bewunderung durch, wenn sie über die Vereinigung Cockpit (VC) spricht. Ja, so eine schlagkräftige Gewerkschaft ohne Streikbrecher hätte die Flugbegleiterin ebenfalls gern“ (5. Mai). Am 16. Mai nahmen sich die Stewardessen von der Deutschen BA ein Beispiel und legten in fünf Städten mehrere Stunden die Flüge lahm, um den Bossen zu zeigen, dass sie es ernst meinen mit den gerade stattfindenden Tarifverhandlungen. Stefanie Koall von der Deutschen BA meinte: „Streik ist offensichtlich wieder in Deutschland“ (*Hamburger Abendblatt*, 16. Mai). Und nicht nur Angestellte der Fluggesellschaften haben gestreikt. In den letzten paar Wochen haben Arbeiter mehrfach ihre Macht gezeigt: von der Post, wo 12 000 Jobs bedroht sind, bis zu DaimlerChrysler in Sindelfingen, wo die Nachtschicht bestreikt wurde gegen die geplante Kürzung von Weiterbildung.

Der Streik der Lufthansapiloten inspirierte breite Schichten von Arbeitern, endlich zurückzuschlagen gegen die Kürzungs- und Ausverkaufstarifverträge, die die Gewerkschaftsführung durchgedrückt hat, und das brachte diese Arbeiterverräter zum Ausflippen. Die ver.di-Bürokraten stellen die Piloten als gierige Wölfe dar und wollen so die 65 000 Arbeiter des Boden- und Kabinenpersonals der Lufthansa von der Idee abhalten, ebenfalls einen Ausgleich für ihre Sanierungszugeständnisse zu bekommen. Der Hamburger Landesbezirksleiter von ver.di Wolfgang Rose wütet gegen die Piloten: „Wir lassen nicht zu, dass sich Besserverdiener zu Lasten der unteren Einkommensgruppen bereichern. Wir lehnen die von Cockpit angestrebte massive Umverteilung des für die Lufthansa-Beschäftigten insgesamt zur Verfügung stehenden Anteils an Einkommen ab“ (*Hamburger Abendblatt*, 17. Mai). Und das von einem, der gerade das Bodenpersonal mit einer Lohnerhöhung von drei Prozent ausverkauft hat! In Wirklichkeit gibt es nicht eine feste Summe für Löhne, die sich eine Firma „leisten“ kann und die dann durch die Anzahl der Arbeiter geteilt wird. Löhne werden durch das Niveau des Klassenkampfes entschieden! Die gleiche Art Hetze wird auch vom Lufthansa-Betriebsratsvorsitzenden Rörig und dem DAG-Chef Issen verbreitet, die beide im Aufsichtsrat von Lufthansa sitzen. Sie sind klassischer Ausdruck der sozialdemokratischen Lüge der „Mitbestimmung“, die behauptet, dass es gemeinsame Interessen zwischen Arbeitern und Bossen geben könnte, und die die Arbeiter im Namen der Profitabilität „ihres“ Betriebes disziplinieren soll. Betriebsräte an sich sind gesetzlich festgelegte Organe der Klassenkollaboration, sie richten sich gegen starke Gewerkschaften und gegen Klassenkampf überhaupt.

Die Vereinigung Cockpit antwortete auf die Hetzkampagne mit einem Offenen Brief an das Boden- und Kabinenpersonal: „Behauptungen, wir brächten das Unternehmen an den Rand des Ruins oder gefährdeten die Arbeitsplätze der übrigen Belegschaft, sind in unseren Augen als schlechte Propaganda einzustufen. Der Gewinn vor Steuern im Lufthansa-Konzern betrug im Jahr 2000 ca. 2 Milliarden DM. Das ist mehr als die Hälfte des Gewinns aller Airlines weltweit. Es wäre nur fair, die Mitarbeiter/innen – und zwar alle! – nun angemessen an diesem Erfolg teilhaben zu lassen!“ Für einen effektiven Streik genügt es nicht, wenn die Piloten einfach am Boden bleiben. Streikpostenkettten, die eine Klas-

senlinie gegen die Bosse ziehen, sind das ABC jedes Streiks. Jedem Arbeiter muss klar gemacht werden: Streikpostenkettten überquert man nicht! Wirkliche Streikpostenkettten sowie die Strategie, die Arbeiter der Deutschen Bahn dafür zu gewinnen, den Personentransport zu stoppen, könnten die Flughäfen wirklich absolut dicht machen.

Doch Lufthansa und Cockpit haben nun entschieden, in ein Schlichtungsverfahren zu gehen. Die erste Bedingung dafür ist, die Streiks auszusetzen, durch die die Piloten die Anerkennung und Unterstützung von anderen Arbeitern gewonnen haben und die – mit 50 Millionen DM Kosten für jeden Streiktag – ein „Argument“ sind, das die Lufthansa-Bosse nicht ignorieren konnten. Das ganze Konzept von Schlichtung ist eine Falle, die Arbeiter können dabei nur verlieren. Einmischung von Regierung und Staat in Arbeiterkämpfe oder in die Angelegenheiten von Gewerkschaften sind niemals unparteiisch oder neutral. Denn der bürgerliche Staat existiert ausschließlich, um das Privateigentum der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu verteidigen. Wir treten ein für absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat. Notwendig ist gemeinsamer Klassenkampf gegen die Lufthansa-Bosse!

Allein die Wahl von Genscher als Schlichter beweist den Charakter eines solchen Unterfangens. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Konterrevolution, die 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte. Wir Trotzlisten haben die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt. Die jetzigen Angriffe auf die Arbeiterklasse sind direkte Folge der Konterrevolution, denn die Bourgeoisien Europas sehen keine Notwendigkeit mehr, den so genannten „Sozialstaat“ aufrecht zu erhalten, der einzig dazu dienen sollte, die Arbeiterklasse gegen das „Konkurrenzsystm“ im Osten zu „immunisieren“. Genscher spielte auch eine führende Rolle bei der Konterrevolution in Jugoslawien 1991. Dies hatte nationalistische Kriege und imperialistische Interventionen zur Folge, wobei die deutschen Imperialisten sicherstellten, dass sie ihre Interessen durchsetzen. Als 1999 die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges zum Krieg mobilisierte und Bomben auf Serbien warf, riefen wir auf: Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution – Verteidigt Serbien! Heute fordern wir: Bundeswehr, NATO; UNO raus aus dem Balkan!

Das Potenzial für gemeinsamen *Klassenkampf* ist genau, was die gegenwärtige SPD/PDS-Gewerkschaftsführung fürchtet. So erklärte der DGB: „Wenn das Schule macht, können Flächentarifverträge und damit das Deutsche Modell der Sozialpartnerschaft in Gefahr geraten“ (*Hamburger Abendblatt*, 18. Mai). Ja, wenn die Piloten gewinnen, wird es sicherlich schwieriger, Tarifverträge von drei Prozent durchzusetzen! Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Deutschland hat nicht einfach eine falsche Taktik oder irgendwie ihr Rückgrat verloren. Sie sind bestochen mit Teilen der Extra-Profite, die die imperialistische Bourgeoisie aus der Super-Ausbeutung der neokolonial unterdrückten Völker zieht. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging die SPD offen auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie über, als sie im August 1914 für die Kriegskredite stimmte. Gleichzeitig verwandelte die Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften in Rekrutierungsinstrumente für die Reichswehr und schickte die Arbeiter auf die Schlachtbank, während sie an der „Heimatfront“ für „Burgfrieden“ sorgte. Die Konsequenz von „Sozialpartnerschaft“ mit der deutschen Bourgeoisie heißt Unterstützung ihrer dreckigen imperialistischen Kriege und Unterstützung ihrer Austerität zu Hause. Im Gegensatz zur SPD, die die Gewerkschaften führt, sind wir Marxisten grundsätzlich gegen Klassenkollaboration mit

Fortgesetzt auf Seite 24

Stoppt Angriffe...

Fortsetzung von Seite 6

dritten Generation als eine progressivere Alternative betrachtet. Tatsächlich ist sie als reformistische Partei mit ihrer Arbeiterbasis in Ostdeutschland nur eine zweite sozialdemokratische Variante derselben prokapitalistischen Politik. Ihre Arbeitsgruppe Grundschulreform plädiert in einer Web-Notiz: „Die Möglichkeiten, zwei- oder auch mehrsprachig aufzuwachsen, sollten in der Stadt erweitert werden und dabei die Sprachen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten einbeziehen. Dies wäre ein Beitrag für eine multikulturelle Stadt, Zusammenleben und wechselseitige Akzeptanz von Kulturen.“ Das ist die Maske der PDS: Sie nimmt eine richtige und wichtige demokratische Forderung und verknüpft sie direkt mit der Lüge, dass ein friedliches Zusammenleben im Kapitalismus möglich wäre, Rassismus also nicht Bestandteil dieses auf Ausbeutung beruhenden Systems sei. Und wo war das „Zusammenleben“, als die PDS etwa 1000 Menschen seit 1998 aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben hat? Heute sitzt der nigerianische Flüchtling Akubuo Anusonwu Chukwudi in Abschiebehaft im von der PDS mitregierten Mecklenburg-Vorpommern, weil er als prominenter Vertreter der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ dem Staat ein Dorn im Auge ist. In Bezug auf die neuen „Eckpunkte für eine menschenrechtliche Zuwanderungspolitik“ der PDS-Bundestagsfraktion erklärte Petra Pau: „Wir wollen keine Immigration in die Arbeitslosigkeit“ (*Süddeutsche Zeitung*, 28. Juni). Kurz gesagt: Die PDS will, dass Immigranten, die innerhalb von sechs Monaten keinen Job gefunden haben, abgeschoben werden.

Letztes Jahr am 12. April traten Tausende Berliner Lehrer in den Streik gegen den Berliner Schulsenator, der ihnen wegen des massiven Lehrermangels eine längere Arbeitswoche aufbrummen wollte, anstatt junge Lehrer einzustellen. In integrierten Schulen in Charlottenburg, Kreuzberg und Wedding gingen Eltern und Schüler zusammen mit streikenden Lehrern auf die Straße. Besonders militant zeigten sich die Berufsschulen, mit ihrem hohen Anteil an Schülern der zweiten und dritten Generation, die mit ihren selbst gemachten Plakaten demonstrierten. SPD-Schulsenator Böger und Co. fürchteten, dass ein Lehrerstreik mit der damals anstehenden Abstimmung für einen ÖTV-Streik zusammenkommen würde. GEW und ÖTV zusammen im Kampf hätten eine soziale Macht dargestellt und hätten einen massiven Kampf gegen die SPD-Regierung bundesweit auslösen können. Dann hätte die Forderung nach zweisprachigem Unterricht eine mächtige Unterstützung finden und zu einer

der Kampfparolen der Arbeiterklasse werden können, statt eines liberalen Appells an den Staat, wie es die GEW-Führung macht. Dafür ist eine leninistische Avantgardepartei notwendig, die es versteht, als Volkstribun die Verteidigung aller Unterdrückten auf das Banner der Arbeiterklasse zu schreiben.

Der Streik wurde von der sozialdemokratischen GEW-Führung auf einen Tag begrenzt und dann ausverkauft. Wir von der Spartakist-Jugend haben in die Streikdemos mit unserer Zeitung *Spartakist* interveniert, wo wir mit Streikenden diskutierten über die Notwendigkeit, von SPD/PDS zu brechen, weil sie hier das Haupthindernis für eine sozialistische



Udo Klein/ND

Berlin, 12. April 2000: Lehrerstreik gegen Kürzungspläne des SPD-Schulsenators Böger

Revolution sind, und über die Notwendigkeit, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen.

Nur dort, wo die Arbeiterklasse ihre eigene revolutionäre Diktatur errichtet, kann Bildung für alle ermöglicht werden. Nach dem Sturz der kapitalistischen Kerenski-Regierung im Oktober 1917 setzten sich die Bolschewiki erst einmal dafür ein, Bildung den Massen zugänglich zu machen. Die Kinderarbeit wurde abgeschafft und der Schulbesuch zur Pflicht für alle Kinder zwischen 7 und 17 Jahren gemacht. Die Alphabetisierung wurde Pflicht für alle bis zum 50. Lebensjahr, und der Arbeitstag wurde für alle, die sich an diesem Programm beteiligten, um zwei Stunden gekürzt. Ebenfalls abgeschafft wurden Studiengebühren, akademische Titel und Grade, Prüfungen und Hausaufgaben. Lehrer konnten von ihren Schülern entlassen werden. Trotz der Härten des Bürgerkriegs, die die Durchsetzung dieser Gesetze erschwerten, wurden beispielsweise bis 1920 ca. 25 000 Schulen für die Alphabetisierung errichtet, viele davon durch Schenotdel, die sowjetische Kommission für Arbeit unter Frauen.

Wir von der Spartakist-Jugend kämpfen auch deswegen für eine qualifizierte, kostenlose, für alle erreichbare Bildung, weil wir Arbeiter und Unterdrückte, Schüler und Studenten mit den Werkzeugen – auch Sprache ist ein Werkzeug – ausrüsten wollen, damit sie Mitglieder und Führer der internationalistischen revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei werden können, die die Arbeiterklasse zum Sieg über die Kapitalisten führen kann. Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan bilden eine lebendige Brücke zu dem Proletariat in diesen Ländern, um überall auf der Welt für eine auf Planwirtschaft basierende Gesellschaft zu kämpfen, in der jede Art der Unterdrückung der Vergangenheit angehört. ■

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

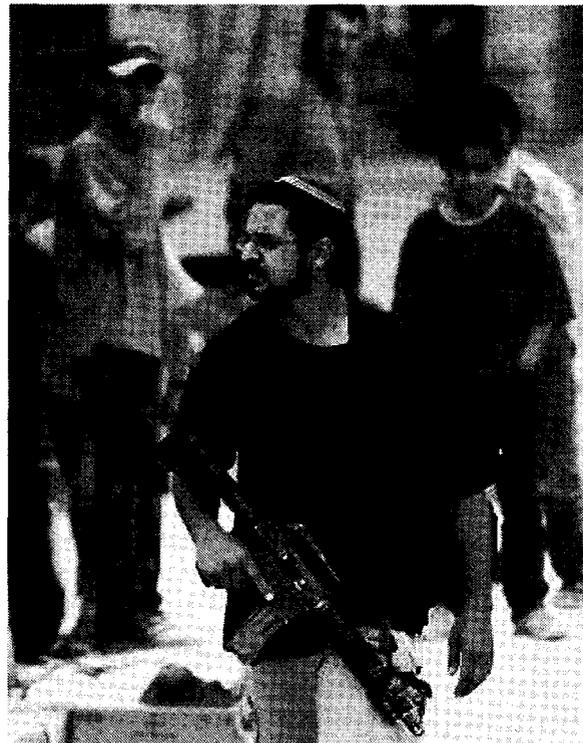
144

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 235 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



Während Truppen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten wüten, verüben faschistoide Siedler-Hilfstruppen Pogrome gegen Palästinenser



Reuters

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 1

Vergeltungsmaßnahmen aushecken für das verwerfliche Bombenattentat auf einen überfüllten Tanzklub in Tel Aviv Freitagnacht.

Angesichts der Drohung mit einem „sehr schweren Luftschlag“ durch Israel, das jetzt offiziell die Palästinensische Autonomiebehörde zu einer „terroristischen Organisation“ erklärt, beugte sich PA-Präsident Jassir Arafat den US- und israelischen Ultimaten, den Palästinensern einen Waffenstillstand aufzuerlegen und mutmaßliche „Terroristen“ auszuheben. Aber wie ein militanter Palästinenser in Ramallah sagte: „Arafat befahl schon vor vielen Monaten, das Schießen zu beenden, aber das liegt nicht in Arafats Händen.“ Während die Israelis sich momentan zurückhalten, hauptsächlich um ihre amerikanischen Schutzpatrone zu besänftigen, beschrieb ein Sicherheitsbeamter dies als „Aufschub der Hinrichtung der PA“.

Während das Militär seinen Würgegriff um die belagerten arabischen Ghettos im Westjordanland und in Gaza fester zog, umzingelte ein rasender Mob mit dem Schrei „Tod den Arabern!“ eine Moschee in Tel Aviv, und Israelis reden von einer bevorstehenden „Apokalypse“ gegen die Palästinenser. In den USA kreischt der fanatische Zionist William Safire in seiner Kolumne in der *New York Times* (4. Juni): „Lasst Sharon Sharon sein.“ Dies ist ein kaum verhüllter Aufruf zu einer Wiederholung von Sharons Massaker an etwa 2000 Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila 1982 im Libanon.

Israels Herrscher haben klar gemacht, dass sie vor nichts zurückschrecken werden, um die palästinensischen Massen niederzuhalten. Schon vor dem Bombenattentat von Tel Aviv forderte der frühere Premierminister Benjamin Netanyahu militärische Schläge gegen „Radio, Fernsehen, Medien, Transport, Gas, Waffenlager und die ökonomische Infrastruktur der PA“ und hetzte: „Wir haben noch nicht mal 1 Prozent der Macht der IDF [Militär] benutzt. Wenn Arafat den Terror fortsetzt, werden wir sicherstellen, dass sein terroristisches Regime zusammenbricht. Zu diesem Zweck wurde die Regierung der Einheit gebildet“ (*Londoner Observer*, 3. Juni).

Nach acht Monaten palästinensischen Widerstandes und

einem eskalierenden Terrorkrieg durch das israelische Militär und seine „Siedler“-Hilfstruppen könnten die ultrachauvinistischen zionistischen Herrscher sehr wohl auf ein Blutbad von katastrophalen Ausmaßen zusteuern. Machtvoller internationaler Protest ist lebensnotwendig, auch seitens der großen Anzahl von Arbeitern nahöstlicher Herkunft, die in Schlüsselsektoren der französischen Industrie integriert sind. Für die multirassische Arbeiterklasse und alle Unterdrückten in den USA ist es besonders entscheidend, zu fordern: **Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! US-Imperialismus raus aus dem Nahen Osten!**

Die völkermörderische Logik des Nationalismus

Die Antwort der israelischen Herrscher auf einen früheren palästinensischen Aufstand, die *Intifada*, die Ende 1987 begann, war in den Worten des damaligen Verteidigungsministers Jitzak Rabin von der durch und durch bürgerlichen Arbeitspartei „Gewalt, Macht, Prügel, die Knochen zerbrechen“. Aber seit den ersten Anfängen der gegenwärtigen *Intifada* ist tödlicher militärischer Terror die Norm gewesen, angefangen mit der Entsendung von Kampfhubschraubern, die Raketen abfeuerten, und den Massakern an arabischen „Bürgern“ Israels durch Scharons Vorgänger von der Arbeitspartei, Ehud Barak. Während des früheren Aufstands wurden im Verlauf von drei Jahren über 1000 Palästinenser getötet, aber allein in den vergangenen acht Monaten wurden mehr als 500 ermordet, darunter viele Kinder mit Kopf- und Brustschüssen. Etwa 1500 weitere Menschen trugen durch Schusswunden Lähmungen davon, insgesamt wurden mehr als 15 000 verwundet. Dies bedeutet, dass **einer von jeweils 200 Palästinensern** in den besetzten Gebieten zum Opfer wurde.

Palästinensische Städte und Dörfer sind einer Hungerblockade unterworfen, abgeschnitten nicht nur durch ein Netzwerk „strategischer Autobahnen“, sondern jetzt auch durch Gräben und Sperren; sie ähneln zunehmend den jüdischen Ghettos im Nazi-besetzten Osteuropa. Währenddessen, weitgehend verschwiegen in den US-Medien, haben faschistoide Siedler fast täglich pogromartig gewütet. Um nur ein paar Vorfälle in den vier Tagen nach dem 10. Mai zu nennen: Ein 18-jähriger Student in Gaza wurde durch Kampfhunde so schlimm zugerichtet, dass er einen ganzen

Tag brauchte, um sich nach Hause zu schleppen, wo er wenige Stunden später starb; am nächsten Tag wurden arabische Weizenfelder in der Nähe von Bethlehem abgebrannt, während israelische Truppen zusahen; dann wurden acht Palästinenser in der Nähe von Hebron blutig geschlagen und einen Tag darauf eröffneten Siedler das Feuer auf Häuser eines arabischen Dorfs in der Nähe von Ramallah.

Weit davon entfernt, die palästinensische Bevölkerung einzuschüchtern, hat der eskalierende zionistische Terror wachsenden Widerstand genährt, was die Erinnerung an die heroischen Kämpfer des Warschauer Ghettos 1943 weckt. Der Terror hat auch die Art von Frustration und Verzweiflung hervorgerufen, die eine wachsende Zahl palästinensischer Jugendlicher dazu führte, sich dem Islamischen Dschihad und der Hamas als „Märtyrer“ anzuschließen. Wir verurteilen wahllose Terrorakte – wie den in Tel Aviv und das Bombenattentat in einem Einkaufszentrum in Netanja vor zwei Wochen –, die sich nicht gegen die bewaffneten Kräfte des zionistischen Staates oder seine faschistoiden Siedler-Hilfstruppen richten, sondern gegen alle Juden. Solche Angriffe entsprechen den bösartig antisemitischen – und frauenfeindlichen – Zielen der Hamas, die ursprünglich als ein Gegengewicht zur palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aufgebaut worden war mit direkter Hilfe der israelischen Regierung. Die Fundamentalisten, deren Ziel es ist, in den besetzten Gebieten ein islamisches Regime zu schaffen, sind ein Spiegelbild zu den faschistoiden religiösen jüdischen Reaktionen, die für Israel eine voll entwickelte Theokratie gemäß dem Alten Testament anstreben. Auch in den Augen Letzterer sind die russischen immigrierten Jugendlichen, die in Tel Aviv am Sabbat feierten, „Ungläubige“; tatsächlich wurde anfänglich drei der Toten die Bestattung auf städtischen Friedhöfen verweigert, weil sie Kinder aus gemischten Ehen waren.

Zwar haben die zionistischen Schlächter die Peitsche in der Hand, aber der Nahe Osten liefert reichlich Beweise für die völkermörderische Logik von jeglichem Nationalismus, einschließlich der säkularen Version, die kleinbürgerliche palästinensische Nationalisten vertreten, die sich auch an wahllosem Terror beteiligt haben. Was den blutigen Kreislauf von zionistischer Repression und palästinensischem Widerstand antreibt, ist die Grundursache dieses Konfliktes: Zwei Völker erheben Anspruch auf dasselbe Land. Es kann unter dem Kapitalismus keine gerechte Lösung für die einander widersprechenden nationalen Ansprüche der palästinensischen Araber und der hebräischsprachigen Bevölkerung geben. Der zionistische Staat wurde im Jahr 1948 durch die Vertreibung von etwa 700 000 Arabern geschaffen,

„Die Katastrophe“ (Al Nakba), derer Palästinenser bis heute gedenken. Seither boten zahllose imperialistisch inspirierte „Friedenspläne“ den Palästinensern nicht nur keinerlei Aussicht auf Befreiung, sondern dienten nur dazu, ihre Unterwerfung unter den zionistischen Stiefel noch zu verschlimmern.

Die Palästinenser können einen militärischen Konflikt mit dem israelischen Moloch nicht gewinnen. Und angesichts einer militärischen Bedrohung durch ihre arabischen Nachbarn wären die zionistischen Wahnsinnigen sehr wohl fähig, ihr Arsenal an Atomwaffen zu entfesseln. Der *einzig* Weg, letztendlich noch weitere Katastrophen der Größenordnung von 1948 zu verhindern – und die nationalen Rechte der Palästinenser zu verwirklichen, ohne die des hebräischsprachigen Volkes zu verwehren –, sind Arbeiterrevolutionen, die alle kapitalistischen Regime in der Region zerschlagen. Das Schicksal des palästinensischen



New York Times

Massendemonstration in Bagdad, Juli 1958. Revolutionärer Aufschwung brachte das machtvolle irakische Proletariat an die Schwelle der Macht

Volkes und aller Völker des Nahen Ostens hängt letztendlich ab von der rechtzeitigen Schmiedung leninistischer Avantgardeparteien, die auf dem Programm des proletarischen Internationalismus basieren.

Das „Friedens“abkommen von 1993: Rezept für ein Desaster

Der unmittelbare Hintergrund für die heutige bedrohliche Lage der Palästinenser liegt in der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92. Obwohl der bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat unter Stalin als eines der ersten Länder den zionistischen Staat diplomatisch anerkannte, in der Hoffnung, sich einen Verbündeten gegen den britischen Imperialismus zu sichern, neigte die UdSSR in den nachfolgenden Jahrzehnten zu den arabischen bürgerlichen Regimen und kleinbürgerlichen nationalistischen Bewegungen wie der PLO. Die Verfügbarkeit sowjetischer militärischer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung

Fortgesetzt auf Seite 12

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 11

schuf diesen Nationalisten einen gewissen Spielraum, um den US-Imperialismus rhetorisch zu konfrontieren.

1973 starteten die arabischen Regime einen Ölboykott – dessen Haupteffekt es war, ihre Taschen und die der Ölmonopole Seven Sisters zu füllen –, der sich nominell gegen die US-Unterstützung für Israel richtete. Aber angesichts des „Albtraum-Szenarios“, dass „immer größere Angriffe auf Israelis, immer größere Vergeltungsmaßnahmen gegen die Palästinenser ... zu einem Massenexodus palästinensi-



Ramallah, 3. Juni: Fischer trifft Arafat. Deutscher Imperialismus drängt Arafat, sich Israels Diktaten zu beugen. Alle kapitalistischen Mächte sind unerbittliche Feinde palästinensischer Selbstbestimmung

cher Flüchtlinge über die Grenzen führen“ könnten, bot ein kürzliches Treffen von Außenministern islamischer Länder in dem ölreichen Golfstaat Katar nur Appelle an die USA an, „Druck auf Israel auszuüben, einen ausgewogenen Frieden zu akzeptieren“ (BBC-Nachrichten, 27. Mai).

Anfang 1990, als Israel aus der amerikanischen Linie ausscherte, drohte George Bush sen., die US-Militärhilfe zu kürzen. Und später im gleichen Jahr warnte Washington Israel, sich aus dem bevorstehenden Krieg mit Irak herauszuhalten, da die amerikanischen Imperialisten erfolgreich versuchten, die anderen arabischen Regime in ihre „Koalition“ gegen Saddam Hussein einzubeziehen. Aber da die Sowjetunion nicht mehr existiert, haben die arabischen bürgerlichen Regime eine weit geringere Hebelwirkung, um auf die USA Druck auszuüben. Die *New York Times* (4. Juni) beschreibt, wie die Bush-Administration dem Druck „besonders seitens der arabischen Welt“ widerstanden hat, im Nahen Osten „ihre diplomatische Präsenz zu steigern“.

Die Zerstörung der Sowjetunion bedingte auch Arafats Akzeptanz des schändlichen Rabin-Arafat-Abkommens von 1993, das der PLO ein paar Äußerlichkeiten staatlicher Souveränität gab, während es Israels Position bedeutend stärkte. Palästinensische Polizei, ausgebildet und überwacht von CIA und israelischen Sicherheitskräften, sollte die tagtägliche Reglementierung der unterworfenen palästinensischen Massen durchführen, während alle israelischen Siedlungen bestehen blieben vorbehaltlich einer unbestimmten Übereinkunft über einen „endgültigen Status“. Die PLO, und mit ihr das zionistische „Friedenslager“, begrüßte das Abkom-

men von 1993 als ersten Schritt zu einem palästinensischen Staat. Aber wie wir damals schrieben, bot dieser Deal „nicht einmal den deformiertesten Ausdruck von Selbstbestimmung“, sondern setzte „das Siegel der PLO auf die nationale Unterdrückung der seit langem leidenden palästinensischen arabischen Massen“ („Israel-PLO Deal for Palestinian Ghetto“ [Israel/PLO-Deal für Palästinenser-Ghetto], *Workers Vanguard* Nr. 583, September 1993).

Das Abkommen legte die Basis für die weitere Verwüstung der Wirtschaft der besetzten Gebiete. Das Brutto-sozialprodukt in Gaza stürzte zwischen 1992 und 1996 um 37 Prozent ab. Schon vor dem Beginn des jetzigen Aufstandes betrug das durchschnittliche nationale Einkommen in den besetzten Gebieten 1500 Dollar, kaum mehr als die Hälfte dessen, was es vor dem „Friedensprozess“ war, und weniger als ein Zehntel des Einkommens in Israel. Der Export von Agrarerzeugnissen nach Israel und Jordanien wurde scharf eingeschränkt, ebenso wie, noch wichtiger, die Anzahl der Palästinenser, die nach Israel Zugang haben als Tagelöhner, deren Lohn eine wesentliche Einkommensquelle für die besetzten Gebiete ist. Mit der Absicht, jegliche Abhängigkeit von palästinensischen Arbeitern in der Landwirtschaft und dem Baugewerbe zu beenden, haben die israelischen Kapitalisten Zehntausende von Arbeitsmigranten, legale und „illegale“, aus Thailand und anderen Ländern geholt.

Nach dem Abkommen von 1993 wurden mehr oder weniger sporadische „Sicherheitsabriegelungen“ praktisch permanent und sperren den Durchgang nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Studenten, die Universitäten in Jerusalem und im Westjordanland besuchen, und für verzweifelte Patienten, die Operationen in israelischen Krankenhäusern benötigen. Israel errichtete einen elektrischen Stacheldrahtzaun am Grenzübergang nach Gaza und begann mit dem Bau einer Reihe militärisch befestigter „Umgehungsstraßen“, die israelische Siedlungen miteinander verbinden, wodurch weiteres arabisches Land und Farmen enteignet wurden. Während die PLO sich vorstellte, ein Ergebnis des „Autonomie“-Deals sei das Ende der Siedlungen, hat sich die Zahl der Siedler tatsächlich verdoppelt und stieg auf über 200 000 an, darunter verarmte russische Juden, denen Unterkünfte in den besetzten Gebieten zugeteilt wurden. Als Antwort auf die Forderung, Ost-Jerusalem solle die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates werden, haben die Zionisten „Fakten vor Ort geschaffen“, arabische Häuser niedergerissen und Wohngebiete expandiert, in denen nur Juden leben dürfen, obwohl Tausende der neu gebauten Wohneinheiten unbesetzt bleiben.

Sowohl Sharon als auch Arafat behaupten, den kürzlich veröffentlichten Mitchell-Report zu unterstützen, der die Palästinenser dazu aufruft, die Gewalt zu beenden, und die Israelis, die Ausdehnung der Siedlungen zu beenden. Es ist ein Zeichen dafür, wie weit sich die Dinge zu Ungunsten der Palästinenser gewandelt haben, dass nicht länger darüber debattiert wird, ob solche Enklaven mörderischer zionistischer Fanatiker überhaupt existieren sollten, sondern ob sie weiter wachsen sollten. Und Israel weist kategorisch jegliche Beschränkung seiner Siedlungsexpansion zurück. Israelische Juden sollten sich vorstellen, wie sie sich in so einer

Sowjetunion war Gegengewicht zum arroganten US-Imperialismus. Sowjetischer Staatschef Chruschtschow (links) mit Nasser, dem starken Mann Ägyptens, als die UdSSR dem nationalistischen Regime in den späten 50er- und den 60er-Jahren Hilfe zukommen ließ. Der Assuan-Staudamm wurde mit sowjetischer Unterstützung gebaut



Crosscurrents Press

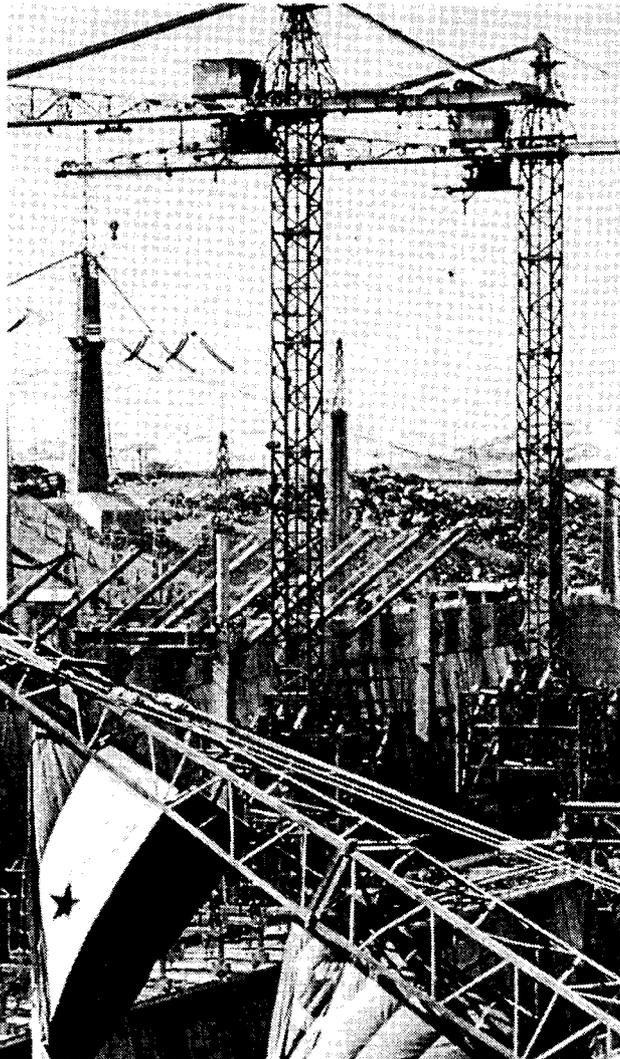
Lage fühlen würden: eingekreist von militarisierten palästinensischen Siedlungen, verbunden durch Straßen, die nur Araber benutzen dürfen! *Wir fordern die Entfernung aller gegen Araber gerichteten Befestigungen in den besetzten Gebieten – die Siedlungen und das Apartheid-Autobahnnetz!*

Zionismus und „ethnische Säuberungen“

Heute ist die Rhetorik über „Verhandlungen“ der Denunziation Arafats als „ein Anführer des Terrors“ gewichen. Während der letzten acht Monate hat das israelische Militär im Zuge seiner Kampagne der „selektiven Eliminierung“ über 30 PLO-Führer der mittleren Ebene ermordet. Während die Zionisten und ihre amerikanischen Unterstützer heuchlerisch schreien, die Palästinensische Autonomiebehörde solle „die Gewalt beenden“, fachen Israels Herrscher bewusst spontane wütende Aufwallungen an, indem sie jene palästinensischen nationalistischen Kader töten, von denen sie erhoffen könnten, dass sie die Wut auf den Straßen bändigen.

Wenige Monate nachdem Arafat im letzten Sommer Israels „letztes, bestes“ Angebot für eine endgültige Übereinkunft zurückgewiesen hatte, gab Barak grünes Licht an Scharon, der muslimischen heiligen Stätte Haram al-Sharif (für Israelis der Tempelberg) einen provokativen „Besuch“ abzustatten, was den vorhersagbaren Ausbruch von Wut unter Palästinensern auslöste. Der tiefer liegende Grund für den Aufstand war die Verzweiflung unter den palästinensischen Massen, dass das Abkommen von 1993 nur zu tieferem Elend und nationaler Erniedrigung geführt hatte. In der Zwischenzeit hatte die hebräischsprachige Bevölkerung, der „Frieden durch Sicherheit“ versprochen worden war, erkannt, dass sie weder das eine noch das andere hatten.

Das zionistische „Friedenslager“ ist im Wesentlichen zusammengebrochen und bleibt angesichts des immer mörderischeren Terrors gegen die Palästinenser absolut stumm. Viele Israelis sehen die Siedlungen als eine eiternde Wunde und Umfragen lassen erkennen, dass eine Mehrheit für eine Beschränkung des Siedlungsbaus wäre, wenn dies zum Frieden führte – und abgesehen von den fanatischsten, meist amerikanischen Zionisten würden jetzt nur wenige freiwillig in die besetzten Gebiete ziehen. Aber die Verhärtung eines chauvinistischen Konsensus gegen die Palästinenser spiegelte sich deutlich in dem überwältigenden Wahlergebnis letzten Februar für Scharon wider, der nach seinem Einmarsch in den Libanon 1982 sogar von großen Teilen des zionisti-



Camera Press

schen Establishments weithin als fanatischer Extremist geschmäht worden war.

Die Arbeitspartei akzeptierte bereitwillig Scharons Einladung, einer Regierung der „nationalen Einheit“ beizutreten, und der gepriesene „Friedens“-Nobelpreisträger Schimon Peres dient jetzt in dieser Kriegsregierung als Außenminister. Peres war ein Bewunderer der französischen *colons* in Algerien und ein Architekt von Israels Allianz mit dem früheren Apartheid-Regime in Südafrika. Diese Allianz beinhaltet auch die Entwicklung von Atomwaffen für die Afrikaaner-Herrscher, die später diese Waffen aus Südafrika herauschafften, um sicherzustellen, dass sie nicht dem ANC bei seiner Machtübernahme in die Hände fielen. „Friedens-taube“ Peres sollte besser „Herr Siedlung in Person“ heißen. Wie der israelische Bürgerrechtler Israel Shahak in seiner Veröffentlichung *From the Hebrew Press* [Aus der hebräischen Presse] (Juli 1996) bemerkte, war es Peres, der während seiner Zeit als Verteidigungsminister in Rabins Regierung 1974–77 begann, Siedlungen in dicht bewohnten palästinensischen Gebieten zu errichten. Mit Peres arbeitete zu jener Zeit Jigal Allon zusammen, der den so genannten Allon-Plan entwarf, in dem die gegenwärtige Zerstückelung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten schon angekündigt war. Anfang der 70er-Jahre schmuggelte Allon Waffen an den faschistoiden Führer von Gush Emunim, Mosche Levinger, um ihm zu helfen, eine winzige Siedler-Enklave im Zentrum von Hebron aufzubauen, was einen fortdauernden Belagerungszustand gegen die 100 000 arabischen Einwohner der Stadt bedeutet.

Auf dem rechten Flügel von Scharons Kabinett gibt es Typen wie den Tourismus-Minister Rehavam Zeevi, Führer

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 13

der Nationalen Union, der offen zum „Transfer“ – zur Massenvertreibung – aller Palästinenser aus Gaza und dem Westjordanland aufruft. Als Minister für Infrastruktur dient Avigdor Lieberman, der im Februar schwor, dass eine Regierung Scharon nicht zögern würde, Raketen auf Ägyptens Assuan-Staudamm abzufeuern, „wenn beispielsweise Ägypten Truppen in den Sinai verlegt“, der ägyptisches Territorium ist! Lieberman ruft dazu auf, den arabischen Mitgliedern der Knesset (Parlament) die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Solche Ansichten sind nicht auf fanatische Siedler und eine Hand voll extremer Rechter in scheinbar marginalen Positionen des Kabinetts beschränkt.

Im März hielt Präsident Mosche Katsav eine offizielle Zeremonie ab, um die Veröffentlichung einer Erklärung bekannt zu machen, die den Titel trägt: „Die Balance von nationaler Stärke und Sicherheit in Israel: Politische Richtlinien“, produziert von einer Konferenz von 300 „führenden Personen“, die *Ha'aretz* (23. März) als „Kern von Israels politischem und Verteidigungsestablishment“ beschrieb. Diese Konferenz hatte den Beigeschmack des Nürnberger Parteitags von 1935, der die „Rassengesetze“ des Dritten Reichs verkündete!

Der Konferenzvorsitzende Uzi Arad höhnt: „Die Palästinenser haben entschieden, dass sie die höchste Rate von natürlichem Bevölkerungswachstum in der Welt wollen, aber sie haben nicht die Mittel für den Unterhalt“, und schlägt eine „humanitäre Lösung“ vor, die in der Erklärung wie folgt detailliert ist: „Wenn die palästinensische Bevölkerung in den Territorien ihre Wachstumsrate nicht beschränkt, wird es notwendig sein, einen Platz zur Umsiedlung außerhalb des Staates Israel zu finden (vielleicht östlich des Jordan).“ Das Dokument ruft auch dazu auf, einen Teil von Israels arabischer Bevölkerung nahe dem Westjordanland gewaltsam in ein zukünftiges palästinensisches Bantustan zu repatriieren. „Auf die Frage, ob israelischen Arabern, die nahe der Grünen Linie [Grenze vor dem Krieg von 1967] leben, trotz ihrer bekannten Einwände der Wechsel in den palästinensischen Zuständigkeitsbereich aufgezwungen wird, antwortet Arad: „In einem demokratischen Staat bestimmt die Mehrheit, wo die nationalen Grenzen liegen.““

Die Durchführung solcher Pläne würde zweifellos imperialistische Befürchtungen über eine „Destabilisierung“ des ganzen Nahen Ostens anfachen. Diskreditierte autokratische Regime in Ägypten und anderswo könnten es sehr wohl mit Volkserhebungen und Herausforderungen seitens islamischer Fundamentalisten und anderer Befürworter des „Heiligen Kriegs“ zu tun bekommen. Aber es wäre vollständig im Einklang mit dem zionistischen Drang nach einem „Groß-Israel“. Wie der offene „Transfer-Befürworter“ Zeevi stolz erklärt, folgt er den Fußstapfen der Gründerväter der „Arbeiter-Zionisten“ wie David Ben-Gurion, der das Banner der „Eroberung des Landes“ erhob. Ben-Gurion leitete 1948 die „Säuberung“ von 700 000 arabischen Männern, Frauen und Kindern an, was kein „Nebenprodukt“ des Krieges mit den arabischen Staaten war, wie die Zionisten behaupten, sondern vielmehr eine geplante und bewusste Terrorkampagne, einschließlich einer Reihe von Massakern, die ausführlich öffentlich bekannt gemacht wurden.

Monate nach dem Ende des so genannten Unabhängigkeitskrieges befahl Ben-Gurion der Armee im September 1948, eine Operation „für die Eroberung des gesamten Westjordanlands“ zu starten, wie ein israelischer Militärkommandant jener Zeit berichtete (*Ha'aretz*, 18. April 1994). Als Ben-Gurion Allon fragte, wie viele Araber den Besatzungskräften entkommen würden, erhielt er die Antwort: „So viele, wie Sie entscheiden.“ Ben-Gurion wurde gezwungen,

den Plan in letzter Minute fallen zu lassen, als seine Koalitionspartner Wind davon bekamen und ihn abwählten. 20 Jahre später hatten Ben-Gurions Nachfolger das Westjordanland erobert, und es ist überhaupt nicht unvorstellbar, dass die israelischen Besatzungskräfte heute Massaker in der Größenordnung des Jahres 1948 verüben könnten.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Die einzige Rettung für das palästinensische Volk liegt in proletarischer Revolution und einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens. Illusionen in die „wohlmeinenden Führungsgremien“ des US-Imperialismus, anderer imperialistischer Mächte oder der Vereinten Nationen sind selbstmörderisch. Die USA haben Israel bis an die Zähne bewaffnet. Die Bush-Regierung hat sogar den äußeren Schein der Gleichbehandlung abgelegt, unter dem ihre demokratische Vorgängerin eine antipalästinensische „Pax Americana“ verfolgte. Was die Imperialisten der Europäischen Union angeht, so rivalisieren sie um Einfluss in den arabischen Ländern und haben nominelle Sanktionen gegen Agrarexporte aus israelischen Siedlungen verhängt. Zur gleichen Zeit hat Deutschland neben den USA eine prominente Rolle dabei gespielt, Arafat zu drängen, sich Israels neuesten Diktaten zu beugen. Aber alle kapitalistischen Mächte sind unerbittlich gegen wirkliche Selbstbestimmung für die Palästinenser – oder die Kurden, aufgeteilt auf und unterdrückt von Türkei, Iran, Irak und Syrien –, aus Angst, dies würde die Region in noch größere Wirren stürzen. Und die Vereinten Nationen existieren, um den imperialistischen Mächten zu dienen. Es war die von den UN durchgeführte Teilung 1947, die den Weg für die Katastrophe von 1948 ebnete, und es war eine UN-Expeditionsstreitmacht, die im Libanon 1982 am Vorabend des zionistischen Massakers die PLO-Kämpfer entwarfnete.

Die arabischen bürgerlichen Regime haben weder die militärischen Mittel noch das Interesse, die Palästinenser gegen die zionistischen Terroristen zu verteidigen. In letzter Zeit hat das ägyptische Regime von Hosni Mubarak, nach Israel zweitgrößter Empfänger von US-Finanzhilfe, davon gesprochen, militärisch zu antworten, wenn Israel die Palästinensische Autonomiebehörde angreift (was es bereits seit Monaten tut). Die israelische Luftwaffe startete gestern massive Kriegsübungen, und eine militärische Erklärung vom letzten Monat, die die arabischen Regime davor warnte, sich den palästinensischen Aufstand zunutze zu machen, brüstete sich: „Syrien will keinen Krieg mit Israel, und die Schläge der Luftwaffe im April gegen eine syrische Radar-

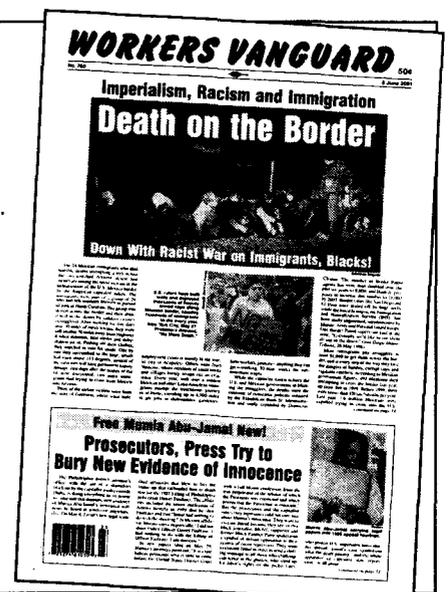
Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



station vor den Toren Beiruts hinterließen einen tiefen Eindruck auf Damaskus, dort sah man, dass dies nur ein Anfang ist von dem, was Israel tun kann.“ Israels Atomarsenal ist jetzt größer als das von Britannien, und niemand nimmt das gelegentliche militärische Aufplustern von Kairo oder Damaskus gegen Israel ernst.

Vom Massaker im Schwarzen September 1970 an etwa 10 000 Palästinensern in Jordanien bis zur Vertreibung von 200 000 palästinensischen Migranten 1991 durch das Emirat Kuwait haben sich die arabischen Herrscher dem palästinensischen Volk gegenüber als genauso feindlich erwiesen wie die israelische Bourgeoisie selbst. Wenn die arabischen Staaten in den Krieg gegen Israel gezogen sind – 1948, 1967 und 1973 –, dann nicht, um die Palästinenser zu verteidigen. Während Marxisten 1956 Ägypten militärische Unterstützung gaben gegen eine Invasion durch das imperialistische Britannien und Frankreich (denen sich Israel anschloss), riefen wir in den anderen Kriegen zum revolutionären Defätismus auf, sowohl gegenüber dem kapitalistischen Israel als auch gegenüber den kapitalistischen arabischen Staaten. Die gelegentlichen Schmähreden der arabischen Herrscher gegen den Zionismus sollen dazu dienen, die Wut der arbeitenden Massen, die sie ausbeuten und unterdrücken, abzulenken. Und der Antisemitismus, mit dem die arabischen Nationalisten und islamischen Reaktionäre hausieren gehen, führt nur dazu, das hebräischsprachige Proletariat tiefer in die Arme seiner chauvinistischen Herrscher zu treiben.

Zionistischer Chauvinismus durchdringt heute die große Mehrheit der hebräischsprachigen Arbeiterklasse, die außerdem von einem künstlich hochgehaltenen Lebensstandard profitiert. Aber diese relativ privilegierte Blase im rückständigen Nahen Osten würde schnell zerplatzen, sollten die US-Imperialisten jemals entscheiden, dass Israel eher ein Sturmbote als ein Aktivposten ist. Und sogar heute ist die riesige Bevölkerung der sephardischen Juden größtenteils verarmt und wird in Bezug auf Wohnung und Ausbildung durch die aschkenasische (aus Europa stammende) Elite diskriminiert. Israel ist eine kapitalistische Gesellschaft, die grundsätzlich durch widerstreitende Klasseninteressen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zerrissen ist. Hebräischsprachige Arbeiter täten gut daran, zu bedenken, dass beim Einsturz eines Hochzeitssaales letzte Woche in Jerusalem – verursacht durch die Gier israelischer Kapitalisten – mehr Juden getötet wurden als bei dem Terror-Bombenattentat in Tel Aviv.

Der mörderische Feldzug gegen die Palästinenser stellt das hebräischsprachige Proletariat vor die klare Alternative: Entweder beginnt es einen revolutionären Kampf gegen seine Ausbeuter oder die israelische Bourgeoisie wird zunehmend zu einer Nazi-artigen „Endlösung“ der „Palästinenserfrage“ schreiten. Wenn das israelische jüdische Proletariat seine Klasseninteressen gegen seine eigene Bourgeoisie verfolgen will, muss es für die Verteidigung des palästinensischen Volkes eintreten.

Wie blutig die Repression auch ist, die von Israels Herrschern betrieben wird, sie wird nicht und kann nicht die zu Grunde liegenden nationalen Antagonismen beseitigen, die dazu beigetragen haben, den Nahen Osten während des gesamten vergangenen Jahrhunderts zu einem Kriegsschauplatz zu machen. Damit die zionistischen Wahnsinnigen nicht am Ende ihr Atomarsenal entfesseln und die ganze Region in einem Holocaust untergehen lassen, muss sich das hebräischsprachige Proletariat mit den arabischen Arbeitern verbünden und das ganze verrottete Gebäude der kapitalistischen Klassenherrschaft im Nahen Osten hinwegfegen. Erst dadurch kann das Recht auf nationale Selbstbestimmung sowohl für die hebräischsprachige als auch für die palästinensische arabische Bevölkerung gesichert werden.

Eine Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder, die die internationalistische Einheit aller arbeitenden Menschen erklären würde, hätte eine enorme Auswirkung auf die hebräischsprachigen Arbeiter Israels. Aber um ihre Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung zu zerbrechen, müssen arabische, persische und kurdische Arbeiter dafür gewonnen werden, einen unbarmherzigen Kampf zu führen, um gänzlich den Einfluss der islamischen Fundamentalisten zu beseitigen, die jetzt als die Feinde des Zionismus und Imperialismus posieren. Wir schauen auf das Vermächtnis des iranischen Proletariats, das 1953 um die Macht kämpfte, der irakischen Arbeiter, die fünf Jahre später versuchten, eine sozialistische Revolution durchzuführen. Um solche Gelegenheiten zu ergreifen, wenn sie auftauchen, und sie zum Sieg zu führen, ist vor allem der Aufbau internationalistischer Arbeiterparteien notwendig, Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, in Opposition gegen Zionismus, arabischen Nationalismus und alle Varianten von religiösem Fundamentalismus. **Verteidigt das palästinensische Volk! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 760, 8. Juni 2001

Tödliche Bullengewalt...

Fortsetzung von Seite 2

Herrscher zu mobilisieren.

Der blutige Angriff auf anarchistische Jugendliche erfolgte nur einen Tag nachdem US-Präsident Bush Göteborg besucht hatte, um die Werbetrommel zu rühren für seine wahnsinnigen Pläne, atomare Ersts Schlagkapazität durch eine „Nationale Raketenabwehr“ zu erreichen. Der Bush-Besuch unterstrich die wachsenden Differenzen zwischen dem US-Imperialismus und seinen Mächtegegnern-Rivalen, den EU-Imperialisten. Göran Persson, der schwedische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident, erklärte, „die EU ist nun mal das einzige Gegengewicht gegen das rohe Spiel der Marktkräfte und die Welt dominanz der USA“ (*Frankfurter Rundschau*, 15. Juni).

Die IKL solidarisiert sich mit den Protesten gegen den imperialistischen Kriegshetzer Bush. Doch müssen Arbeiter und Jugendliche für das Bewusstsein gewonnen werden, dass **der Hauptfeind im eigenen Land steht** – ihre eigene herrschende Klasse! Die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaates hat zu verschärfter Konkurrenz

zwischen diesen imperialistischen Mächten um Märkte und Ausbeutungssphären geführt, was die Welt auf einen Atomkrieg zutreibt. Mit dem NATO-Angriff auf Serbien (und mit der fortdauernden Besetzung des Balkans) haben wir bereits den ersten Krieg auf europäischem Boden seit 1945 gesehen.

Die jugendlichen anarchistischen Demonstranten, die in Göteborg gegen die Symbole der kapitalistischen Ausbeutung kämpften, haben ihr Herz am rechten Fleck. Wir verstehen solche Taten aus Wut und Frustration gegen dieses brutale System nur zu gut. All unsere Sympathien sind bei den aufopferungsvollen Demonstranten, auch wenn wir nicht die gleiche politische Perspektive haben. Ein einzelner isolierter Held kann den Kampf der Massen nicht ersetzen.

Wir als revolutionäre Marxisten wollen die Macht des multiethnischen Proletariats im **Klassenkampf** mobilisieren, nicht nur um gegen das kapitalistische System zu protestieren, sondern um es **ein für alle Mal abzuschaffen**. Wir kämpfen für die Schmiedung der leninistischen Avantgardeparteien, die notwendig sind, um die Arbeiterklasse zu führen, damit sie die kapitalistischen Ausbeuter und deren Staat hinwegfegt und einen Arbeiterstaat und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufbaut. ■

Wir sagten: Wählt SLP, gegen New Labour und Socialist Alliance

Labour-Sieg heißt rassistische Angriffe und Krieg gegen Gewerkschaften

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Hammer Nr. 177, Sommer 2001, die Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain.

WORKERS HAMMER

Nach den Unterhauswahlen vom 7. Juni kehrte Blairs New Labour mit einer weiterhin riesigen parlamentarischen Mehrheit ins Amt zurück. Aber Millionen Arbeiter, Jugend-



Fotos: Workers Hammer

Genossen der Spartacist League/Britain mit dem SLP-Kandidaten Ron Sinclair bei der Flugblattverteilung in Manchester (oben). Rechts: Unsere Kampagne in London für SLP gegen Labour „linken“ Jeremy Corbyn



liche und Immigranten hassen sie. Für den großen Teil der Bevölkerung waren die Wahlen zum Gähnen langweilig – der Ausgang stand schon von vornherein fest und sowohl Labour als auch die Tories [Konservative] versprachen das Gleiche. Es ist nicht überraschend, dass die Wahlbeteiligung die niedrigste seit 1918 war. Wir gaben Arthur Scargills Socialist Labour Party (SLP), die gegen Blairs arbeiterfeindliche New Labour kandidierte, kritische Wahlunterstützung, und wir nutzten die Gelegenheit, SLP-Mitglieder und andere mit unserem marxistischen Programm der internationalen Arbeiterrevolution bekannt zu machen. Unsere Kam-

pagne fand Resonanz bei Arbeitern und Jugendlichen, die oftmals entsetzt waren, wenn sie hörten, dass Socialist Alliance (SA) ihre „Anti-Labour“-Kampagne dem Wahlsieg von Labour unterordnete.

Seit vier Jahren schon führt Labour unablässig Angriffe gegen die Armen und Unterdrückten. Unter anderem haben sie vorzuweisen: Privatisierungen, Hunderttausende Entlassungen, eine geifernde Hexenjagd gegen „Sexualverbrecher“ und einen umfassenden Angriff auf Bürgerrechte. 1999 beteiligten sie sich voller Eifer an der Bombardierung Serbiens; jetzt planen sie zusätzliche Truppen auf den Balkan und nach Nordirland zu schicken. Wir sagen: Britische Truppen raus, sofort!

Das bürgerliche politische Establishment und die Medien waren fast einstimmig für Blairs Wiederwahl, sie lobten, wie er seinen Job bisher ausgeführt hat. Die zutiefst gespaltenen Tories kandidierten fast ausschließlich auf der Basis von Fremdenhass und erhielten eine entschiedene Abfuhr an den Wahlurnen. Labour stand den Tories in nichts nach, sowohl was rassistische Politik als auch Demagogie betrifft. Dies kulminierte in einer riesigen Eskalation des rassistischen Terrors

und einer bedrohlich hohen Anzahl von Wählerstimmen für die faschistische British National Party (BNP). In Oldham bekamen sie 11 643 Stimmen – fast 16 Prozent – und auch im nahe gelegenen Burnley erhielten sie beträchtliche Unterstützung. Asiatische Wohnviertel in beiden Städten waren faschistischen Provokationen

und der Besetzung durch die Polizei ausgesetzt. Wir gaben ein Flugblatt heraus, in dem wir dazu aufriefen, die soziale Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die asiatische Bevölkerung in Oldham zu verteidigen. Wir rufen auf zu Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten, um die faschistischen Provokationen zu stoppen und um für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen als Teil des Kampfes für eine Arbeiterrevolution.

Die Arbeitslosenrate in dieser wie in anderen ehemalsigen Industriestädten Nordenglands ist unglaublich hoch, was dem Faschismus einen Nährboden bereitet. Britannien

ist zunehmend sowohl entlang ethnischer als auch entlang geographischer Linien gespalten. Die Kluft zwischen Norden und Süden – die City of London und der Südosten, fett und aufgeblasen, gegenüber Schottland, Wales und Nordengland – wurde noch weiter verschärft durch ökonomische Zerstörung und Angriffe gegen die Arbeiterklasse, die Thatcher begann und die Blair fortführte.

Die heutigen Jugendlichen asiatischer Herkunft sind die Nachkommen der Immigranten, die ins Land geholt wurden, als es an Arbeitskräften mangelte. Seit die Kapitalisten die Fabriken schlossen und aus diesen Arbeitern keine Profite mehr herausholen konnten, werden sie zum Alteisen geworfen und rassistischem Terror ausgesetzt. Die multiethnische Arbeiterklasse muss den Kampf gegen rassistischen Terror aufnehmen und ihn verbinden mit einem Kampf um Arbeit für alle durch eine kürzere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, unter einer Führung, die für das kämpft, was wir brauchen, nicht das, was sich der Kapitalismus leisten kann.

In Nordirland zeigten die Wahlergebnisse eine wachsende kommunistische Polarisierung: David Trimbles Ulster Unionists verloren Stimmen an die Hardliner von Ian Paisleys DUP, während bei Katholiken die Sinn Fein zulegte auf Kosten der „moderaten“ Social Democratic and Labour Party. Im Juni gab es eine Welle [probritisch-]loyalistischer Angriffe auf katholische Schulkinder. Dies ist eine Vorankündigung der alljährlichen gewalttätigen Angriffe gegen Katholiken während der „Marsch-Saison“ des Oranierordens. Wir waren von Anfang an gegen den „Friedens“schwindel und warnten, dass jeder imperialistische Deal zwangsläufig auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit geht und auch den Interessen der protestantischen Arbeiter entgegengesetzt ist. Wir fordern den sofortigen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland und kämpfen für Arbeiterrevolution auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

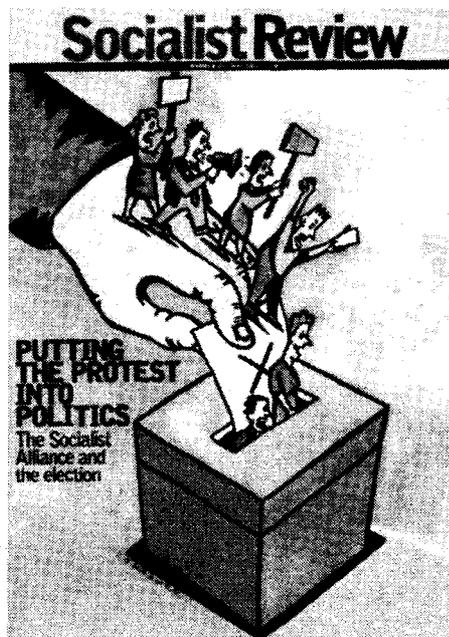
New Labour wird von Arbeitern und Minderheiten verachtet, aber viele sehen einfach keine Alternative. Wir sagten laut und deutlich: „Keine Stimme für Labour: imperialistische Schlächter!“ und „Keine Stimme für Socialist Alliance, Labours Lakaien!“ Das Gleiche galt für ihre Partner in der Scottish Socialist Party (SSP). SA/SSP waren nicht gegen die Wahl von Labour. Im Gegenteil, in der großen Mehrheit der Wahlbezirke gab es keinen Kandidaten der Socialist Alliance, und dort rief die Socialist Workers Party (SWP) [in Deutschland Linksruck] zur Wahl von Labour auf. Ihre Linie war: „Wählt Sozialisten, wo ihr könnt, wählt Labour, wo ihr müsst“ (*International Socialism*, Frühjahr 2001).

Wir freuten uns darüber, der SLP kritische Wahlunterstützung zu geben. Im Gegensatz zur erbärmlichen Socialist Alliance war die SLP gegen eine Wahl von Labour und kandidierte gegen Labour-„Linke“ wie Jeremy Corbyn und gegen Socialist Alliance. Wir wollen die Arbeiterklasse von der Labour-Politik brechen und für unser revolutionäres Programm gewinnen. So heißt es in der Erklärung der Spartacist League/Britain vom 14. Mai (abgedruckt auf Seite 22):

„Die Schlüsselfrage ist, was für eine Partei und was für ein Programm die Arbeiterklasse benötigt, um ihre Interessen und die Interessen aller Unterdrückten – Minderheiten, Frauen, Schwule und Jugendliche – im Kampf gegen den Kapitalismus zu vertreten. Wir wollen eine Partei aufbauen, die proletarisch, revolutionär und internationalistisch ist, nach dem Modell der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die die große Oktoberrevolution von 1917 führte.

Die SLP, die viele unterstützenswerte Forderungen aufstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Partei der Nostalgie: ‚Clause-IV‘-Sozialisten, die auf eine von Labour geprägte Vergangenheit blicken, nicht auf eine sozialistische Zukunft.“

Am 19. Mai gaben wir eine zusätzliche Erklärung heraus, in der wir dazu aufriefen, einem bestimmten SLP-Kandidaten – Gordon Potts – keine Stimme zu geben, was unsere kritische Wahlunterstützung der SLP veranschaulicht: Er



SWP-Journal vom Mai zu Wahlen: „Den Protest in die Politik überführen“. SWP will Jugendliche und Arbeiter zurück zu Labour-Parlamentarismus treiben

ist Bewährungshelfer und somit Teil des Repressionsapparates des kapitalistischen Staates.

Labour ist so rechts, dass bürgerliche nationalistische Parteien wie die Scottish National Party (SNP) und Plaid Cymru in Wales ebenso wie die Liberal Democrats als „linke“ Alternative posieren können – Letztere haben gerade dem Labour-„Linken“ Tony Benn seinen Sitz im Unterhaus abgenommen. Die SA und die SSP schwimmen auf der Welle des nationalen Chauvinismus ihres jeweiligen Terrains: Fortgesetzt auf Seite 18



Wahlauf Ruf der Spartacist League/Britain vom 14. Mai

Britische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 17

Socialist Alliance ist ein Klüngel Labour-freundlicher Organisationen, die in England ihre Basis haben, dominiert von der Socialist Workers Party, dem unter anderem Workers Power, die Alliance for Workers Liberty und *Socialist Outlook* angehören. Die SSP ist eine ebenso reformistische Partei, eine Schöpfung von Scottish Militant Labour, die bis Anfang der 90er-Jahre Teil der englisch-chauvinistischen Labour Party war, heute aber der SNP hinterherläuft. Socialist Alliance demonstrierte ihre Treue zum britischen Imperialismus dadurch, dass sie bewusst die Forderung nach einem Abzug der britischen Truppen aus Nordirland aus ihren Wahlflugblättern und ihrer Website entfernte. Bei der Pressekonferenz zum Wahlkampfauftakt weigerte sich SA-Vorsitzender und führendes Licht in Peter Taaffes Socialist Party (SP) Dave Nellist unverblümt, den Abzug zu fordern. Das ist nichts Neues: Die SP (ebenso wie die SWP und die AWL) ruft nie zum Abzug britischer Truppen aus Nordirland auf.

Der Kampf gegen rassistischen Terror

Socialist Alliance entblößte ihren ganzen parlamentarisch-reformistischen Rahmen, als sie auf den rassistischen Terror in Oldham mit der Losung antwortete: „Wählt keine



Richard Lewis/AP

Belfast: Nordirische Polizei versperrt Zugang zu katholischer Schule im Bezirk Ardoyne nach Angriffswelle probritischer Loyalisten im Juni

Nazis“. Sie hatten entschieden, nicht in Oldham zu kandidieren, also hieß dies: Wählt Labour. Das ist krass. Faschisten sind völkermörderische rassistische Terroristen, deren „Politik“ Brandbomben und der Lynchstrick sind. Sie können nicht durch Wahlpolitik gestoppt werden; außerdem hat die rassistische Labour-Regierung sie ermutigt. Die dringende Frage in Oldham war, die unter Beschuss stehende asiatische Bevölkerung zu verteidigen. Aber die Losung „Wählt keine Nazis“ war nicht an die Opfer des rassistischen Terrors gerichtet, sie war ein Appell an potenzielle Wähler der BNP! Skandalöserweise druckte *Socialist Worker* (16. Juni) freundliche Interviews mit BNP-Unterstützern ab, angeblich der Versuch, Leute zu überzeugen, „die BNP wählten, dass wir die Einheit von Schwarzen, Weißen und Asiaten brauchen, um für bessere Lebensbedingungen für alle zu kämpfen“. Der Artikel behauptet: „Die Mehrheit der Leute, die für die Nazis stimmten, sind keine hartgesottenen Rassisten. Einige fielen auf die Vorstellung herein, dass eine Stimme für die BNP eine Proteststimme

sei.“ Mit anderen Worten: Diese „weichen“ Rassisten sind „abtrünnige“ Labour-Wähler, die die SWP zurück in den Mutterschoß holen will.

Kritische Wahlunterstützung in Aktion

Arthur Scargill hatte eine gute Zeit dabei, sich über die Socialist Alliance lustig zu machen – wegen deren Unterstützung für Blair, ihres andauernden Gejammers darüber, dass die SLP „die Stimmen der Linken spaltet“, und ihrer Appelle an die SLP, sich der Alliance anzuschließen. Bei einer SLP-Veranstaltung am 4. Juni in London gab es Gelächter, als er auf den Tisch schlug und sagte, die Gruppen, die jetzt die SA bilden, wollten in der Vergangenheit der SLP beitreten, wollten aber gleichzeitig weiterhin New Labour unterstützen: „Ihr seid so was wie verschmähte Liebhaber“, rief er, „wir wollen euch nicht... Um Himmels willen, kriegt das endlich in eure Köpfe.“

Unsere kritische Wahlunterstützung stieß auf widersprüchliche Reaktionen. Einige SLP-Ortsgruppen waren völlig gespalten über die Frage, ob sie unser Angebot annehmen sollten, für ihre Kandidaten Stimmen zu werben. Zwei Londoner Ortsgruppen – Islington North und Hornsey/Wood Green – lehnten es ab mit der Begründung, sie wollten „volle Unterstützung“, nicht „kritische Unterstützung“. Aber im Geiste der Einheitsfront benutzten wir unser eigenes Flugblatt und machten Plakate, die zur Wahl der beiden

dortigen SLP-Kandidaten aufriefen – Steve Cook und Ella Rule. Rule gehört dem Flügel der Stalin-Verehrer in der SLP an und ist vehement feindlich gegen Trotzlisten. Unsere Genossen scherzten, dass das Plakat für sie lauten müsste: „Wählt die stalinistische MissRule [Miss-Herrschaft]!“ Im Gegensatz dazu hießen SLP-Mitglieder in Manchester unsere Genossen willkommen. Wir halfen dabei, von Tür zu Tür zu gehen und SLP-Wahlflugblätter zu verteilen, und als Zeichen dafür, dass sie das schätzten, veröffentlichten sie ein Foto des Wahlkampfteams auf ihrer Website. In den meisten Gebieten führte die SLP nur begrenzte oder gar keine Kampagnen und konnte daher nur einen kleinen Teil der Wut in der Arbeiterklasse über Blair ausnutzen.

Viele Mitglieder der SLP haben einen stalinistischen Hintergrund und einige kamen in dieser Wahlkampagne zum ersten Mal mit wirklichem Trotzismus in

Berührung. Wir Trotzlisten kämpften als Einzige gegen die Konterrevolution in der UdSSR. Im August 1991 wollten wir sowjetische Arbeiter mobilisieren, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 zu verteidigen und zu erhalten, die durch jahrzehntelange stalinistische Misswirtschaft verraten worden waren, aber erst 1991/92 vernichtet wurden. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration. Das ist auch heute unser Programm für die noch bestehenden deformierten Arbeiterstaaten – China, Kuba, Nordkorea und Vietnam. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratenkaste, deren Politik der Versöhnung gegenüber dem Imperialismus und deren „Marktformen“ die Planwirtschaft schwächen und die Gefahr der Konterrevolution steigern.

Die pseudotrotzkistischen Gruppen schlossen sich alle dem Kampf ihrer eigenen kapitalistischen Herrscher an, die

Sowjetunion und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten zu zerstören, und weigern sich heute, China gegen den Imperialismus zu verteidigen. Innerhalb der SLP ist die dominierende Kraft in Bezug auf die russische Frage die Indian Workers Association (IWA), die China als „sozialistisches“ Land ansieht und gegen die Konterrevolution ist, aber kein Programm hat, sie zu verhindern. Laut der IWA begannen die Probleme in der UdSSR mit Chruschtschow, Stalins Nachfolger. So sagen sie, dass 1991 „die einst mächtige Sowjetunion selbst zusammenbrach, eine Kulmination von drei Jahrzehnten revisionistischen Verrats an und der Abkehr von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus seitens der Chruschtschowisten...“ (*Lalkar*, Januar/Februar 2000). Eine politische Konterrevolution fand in der UdSSR 1923/24 statt, als eine privilegierte bürokratische Schicht unter Führung Stalins die politische Macht an sich riss und dann Stalins nationalistisches Dogma des „Sozialismus in einem Land“ annahm. Dieses Dogma bedeutete einen qualitativen politischen Bruch mit dem Internationalismus der Bolschewiki und wurde dazu benutzt, krassem Verrat am Proletariat auf der ganzen Welt ein Alibi zu verschaffen, so dem Ausverkauf des britischen Generalstreiks 1926 sowie der Chinesischen Revolution 1925–27. Stalin und seine Erben zerstörten das revolutionäre Bewusstsein des sowjetischen Proletariats und lieferten letztendlich den degenerierten Arbeiterstaat an den Imperialismus aus.

Für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften

Die Privatisierungspläne von Labour riefen Streiks bei der Post und der Londoner U-Bahn hervor. Arbeiter im öffentlichen Bereich drohen auch damit, das historische Band zwischen den Gewerkschaften und Labour zu zerschneiden, indem sie die Gewerkschaftsbeiträge für Labour zurückhalten. Diese Frage wird innerhalb der Mitgliedschaft mehrerer großer Gewerkschaften debattiert: in den Eisenbahnergewerkschaften RMT und ASLEF, in Unison (Arbeiter im Gesundheitswesen und örtliche Staatsbedienstete – die größte Gewerkschaft im Land), in der Postarbeitsgewerkschaft CWU und in der Gewerkschaft der Feuerwehrleute, die jährlich mehrere Millionen Pfund an Labour zahlen. Glen Kelly, ein Unterstützer der Socialist Party, beschrieb dieses Vorgehen passend mit „die Hand füttern, die uns beißt“ (*Independent*, 22. Juni). Blair seinerseits droht auch, Labours Verbindung zu den Gewerkschaften zu kappen und Labour aus einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer offen bürgerlichen Partei analog zu den Demokraten in den USA umzumodeln. 1998 waren die Zahlungen des Big Business an Labour genau so hoch wie die Beiträge der Gewerkschaften.

Aktionen, die Gewerkschaftsbeiträge zu stoppen, die in die Taschen von New Labour fließen, sind sicher zu unterstützen. Aus der Erkenntnis, dass das Verhältnis zwischen Labour und den Gewerkschaften nicht mehr so weiter gehen kann wie bisher, ergibt sich jedoch die Frage: Welche Art von Partei braucht das Proletariat, um seine Interessen unabhängig von den Kapitalisten zu vertreten. Zwingend notwendig ist nicht einfach ein organisatorischer, sondern ein *politischer* Bruch mit der Labour-Politik, mit dem Programm, das die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter kettet. Wir denken, dass die Arbeiterklasse eine revolutionäre internationalistische Partei braucht. Diese Partei wird durch Kämpfe aufgebaut werden, nicht zuletzt durch den Kampf in den Gewerkschaften, die Ausverkaufsbürokraten rauszuschmeißen und die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu schmieden auf Basis eines revolutionären Programms.

Die reformistische Socialist Party gebraucht die Losung „gebt die politischen Gelder frei“; doch sie halten an dem Prinzip fest, dass die Gewerkschaften eine politische Partei



Paul Mattsson

Arbeiterproteste gegen Blairs Privatisierungspläne im öffentlichen Dienst und Gesundheitswesen, doch Gewerkschaftsbürokraten sind mit Labour verbunden

finanzieren sollten. Sie sind eng verbunden mit dem Labour-Modell einer reformistischen Partei, der sich Gewerkschaftsmitglieder en bloc anschließen. Labour-Anhänger sehen die Existenz einer solchen Partei als die natürliche Ordnung der Dinge an. Die SLP hat tatsächlich diese Struktur kopiert. Dieses organisatorische Arrangement passt zu einer reformistischen Partei, aber es ist entgegengesetzt zum Aufbau einer proletarischen revolutionären Partei, die die Partei der klassenbewusstesten Elemente der Arbeiterklasse sein muss, fähig, die historischen Interessen des Proletariats in den Kampf für die sozialistische Revolution umzusetzen. Wir schrieben:

„Eine leninistische Avantgardepartei ist entgegengesetzt zu Karl Kautskys Konzeption der ‚Partei der Gesamtklasse‘, für die die Labour Party mit ihrem organisatorischen Aufbau ein besonderes Beispiel darstellt. Eine ‚Partei der Gesamtklasse‘ unterwirft notwendigerweise die fortgeschrittensten Schichten der Klasse den rückständigsten; daher sind solche Parteien unvermeidlich chauvinistisch, basieren auf der vorherrschenden ethnischen Gruppierung und sind gefesselt an die Verteidigung der imperialistischen Interessen ihrer eigenen herrschenden Klasse.“ (*Workers Hammer* Nr. 158, September/Oktober 1997)

Fortgesetzt auf Seite 20

NEU!

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

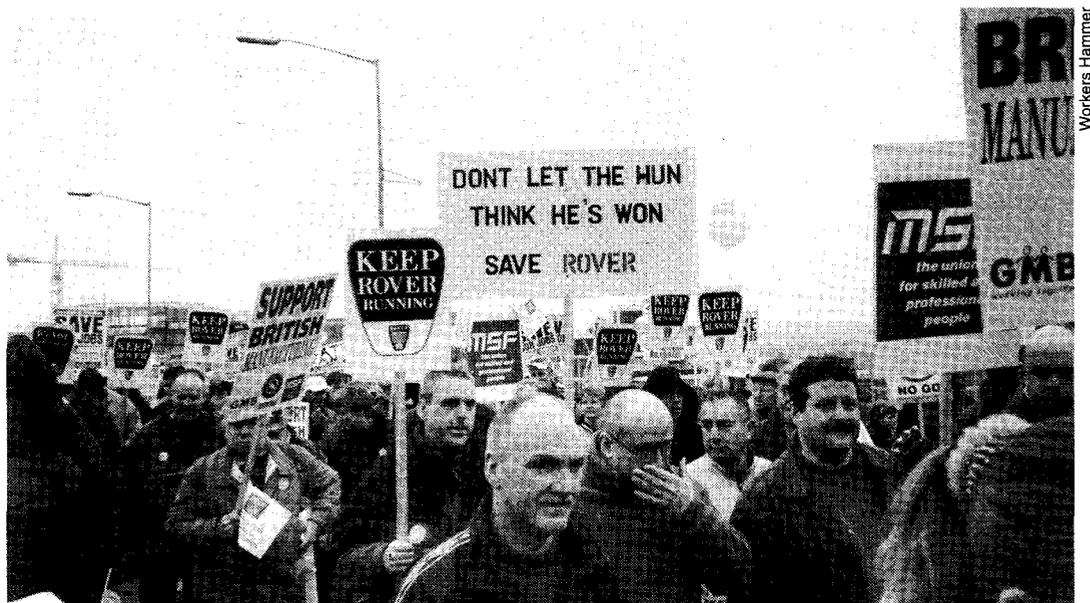
Deutsche Ausgabe
Nr. 22, Sommer 2001

DM 3,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60





Birmingham, April 2000: Gewerkschaftsbürokraten organisieren Ausbruch von giftigem antideutschen Chauvinismus anlässlich von Entlassungen bei Rover-Fabrik

Britische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 19

Schlüsselsektoren des Proletariats sind willens, sich mit Klassenkampf gegen Labours Angriffe zu wehren, aber die Gewerkschaftsbürokratie ist mit Labour verbunden. Der Chef der Gewerkschaft der Metallarbeiter, Sir Ken Jackson, spürt die Wut unter Gewerkschaftsmitgliedern gegen Labour und hat zu einem Verbot von Streiks im öffentlichen Dienst aufgerufen. Der Generalsekretär des TUC [Gewerkschaftsdachverband] John Monks fürchtet, dass Labours Arroganz eine Konfrontation mit den Gewerkschaften provoziert, und warnt Labour-Politiker:

„Ich konnte es nicht glauben. Ich sage ihnen: ‚Schaut euch die Lehren der Geschichte an. Schaut euch 1978/79 an, da gab es so eine Konfrontation und das war ein Wahldesaster für Labour und die Gewerkschaften.‘ Diese Gespenster von vor 20 Jahren sind immer noch bei uns.“
(Times, 13. Juni)

Die Gespenster, die die Gewerkschaftsbürokraten erschrecken, sind frühere Klassenkämpfe, besonders der Bergarbeiterstreik von 1984/85. Das Problem war *nicht*, dass diese mächtige Klassenkonfrontation stattfand, sondern dass die Irreführer von TUC und Labour Party die Bergarbeiter isolierten, ihnen das Messer in den Rücken stießen und sie ausverkauften. Wir wollen britischen Arbeitern heute die Lehren dieses Kampfes vermitteln und die Lüge bekämpfen, dass Arbeiterkämpfe ein Gespenst der Vergangenheit sind. Scargill führte die NUM [Bergarbeitergewerkschaft] in einer heroischen und kämpferischen Klassenschlacht gegen die volle Macht des bürgerlichen Staates, aber Gewerkschaftsmilitanz allein konnte den Sieg nicht davontragen. Wir kämpften darum, den Streik auf andere Gewerkschaften auszuweiten, wir riefen Eisenbahner und Hafearbeiter auf, mit den Bergarbeitern zu streiken und das Land zum Stillstand zu bringen. Unsere Perspektive ist der Kampf für die Macht der Arbeiter; Scargills Perspektive war eine Labour-Regierung.

Die Aufgaben, vor denen Gewerkschaften heute stehen, sind genauso, wie sie Leo Trotzki in „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ (1940) beschrieben hat:

„Die Gewerkschaften der gegenwärtigen Epoche können nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es im Zeitalter des freien Kapitalismus waren; sie können nicht weiterhin politisch neutral bleiben, d.h. sich darauf beschränken, die Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie können auch nicht mehr anarchistisch

sein, d. h. den entscheidenden Einfluß des Staates auf das Leben der Völker und Klassen ignorieren.

Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“

Nieder mit dem Gift des Protektionismus

Eine der grundlegenden Differenzen zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Perspektive ist die Frage des Protektionismus, und hier haben wir eine scharfe Differenz mit Scargills SLP. Bei einer SLP-Wahlveranstaltung am 4. Juni in London forderte ein Spartacist-Genosse Scargill heraus und zitierte dessen nationalistische Tirade bei einer Veranstaltung in Leicester:

„Du hast dich sehr aufgeregt über französisches Wasser und deutsche Autohersteller usw. Wir sind hier anderer Meinung, denn wir sind nicht für nationalen Chauvinismus – ‚Britische Jobs für britische Arbeiter‘ oder ‚Amerikanische Jobs für amerikanische Arbeiter‘ oder ‚Deutsche Jobs für deutsche Arbeiter‘. Notwendig ist internationaler Kampf über die Grenzen hinweg, für Jobs für alle; das erfordert einen Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems.“

Scargill antwortete:

„Ich werde das für euch ganz klar stellen, wir sind für Importkontrollen und wir sind dafür, unsere eigene Wirtschaft zu kontrollieren, und wir sind dafür, in einer sozialistischen Gesellschaft Importkontrollen zu verhängen. Ich sage euch warum. Ich will nie wieder eine Situation sehen, wo die landwirtschaftliche Industrie der Dritten Welt in Afrika zerstört wird durch die Politik der Europäischen Union mit Dumping-Preisen und durch ihre Gemeinsame Agrarpolitik. Genau darum hätten Importkontrollen Millionen Menschenleben gerettet. Predigt mir nicht über Internationalismus. Ich weiß über Internationalismus Bescheid. Internationalismus praktiziert man am besten dadurch, dass man unsere eigene Klasse hier verteidigt und dass diese Arbeiter in anderen Ländern durch unser Beispiel sehen, dass es Zeit ist, nicht durch Kinderarbeit Kohle zu produzieren, sondern ihr eigenes System zu stürzen und ein sozialistisches Gesellschaftssystem in ihrem Land zu errichten.“

Wenn Scargill den Internationalismus und den Kampf für Sozialismus in anderen Ländern beschwört, klingt es, als ob er Welten entfernt sei von dem bösartig antideutschen Chauvinismus der Gewerkschaftsbürokraten, die im April 2000 die Rover-Demonstration organisierten; aber seine Linie läuft darauf hinaus, ganz genauso Importkontrollen zu unterstützen zum „Schutz“ britischer Arbeitsplätze. Die Vorstellung, dies würde einen Schlag gegen Kinderarbeit und die Armut in unterentwickelten Ländern bedeuten, ist absurd. Die imperialistischen Mächte sind Todfeinde der Arbeiter in der Dritten Welt; ihr Weltmarkt hungert die unterdrückten Massen aus und schafft und vertieft die bittere Armut, die verzweifelte Familien dazu zwingt, ihre Kinder für einen Hungerlohn zur Arbeit statt in die Schule zu schicken. Eine Arbeiterrevolution in Britannien wird tatsächlich dem Imperialismus in der Dritten Welt einen schweren Schlag versetzen, aber eine proletarische Revolution ist nicht das Ziel oder das Programm der SLP. Ihre Perspektive ist stattdessen die „Clause IV“ der Labour Party, die von „Gemeineigentum“ an Produktionsmitteln sprach, und zwar im Kapitalismus.

Da die Bourgeoisie sich nicht freiwillig enteignen lassen wird und den staatlichen Repressionsapparat zu ihrer Verfügung hat – Armee, Polizei, Gefängnisse, Gerichte –, um ihre Profite zu schützen, kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur verwirklicht werden durch revolutionären Klassenkampf, der in der Machtergreifung der Arbeiterklasse seinen Höhepunkt findet. Das Modell der SLP für „Gemeineigentum“ ist das Nationalisierungsprogramm der Labour-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Labour wurde damals an die Macht katapultiert von einer Arbeiterklasse, die darauf aus war, für die Opfer und Entbehrungen des Kriegs Entschädigung zu bekommen. Aber die Nationalisierungen der Kohle- und Stahlindustrie und der Eisenbahn bedeuteten nichts anderes, als dass der Staat in riesigem Ausmaß die ineffizientesten und schwächsten Industrien, die trotzdem lebenswichtig waren für die kapitalistische Wirtschaft als Ganzes, aufkaufte, um die britische Industrie konkurrenzfähiger zu machen. Nationalisierungen durch den kapitalistischen Staat bedeuteten massive Geschenke an die Bosse und trostlose Austerität für die Arbeiterklasse. Am Ende des Zweiten Weltkriegs mussten die Stalinisten und Sozialdemokraten in Europa hart arbeiten, um Arbeiteraufstände, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden hatten, zu verhindern. Es bestand die Möglichkeit, das Proletariat in einem revolutionären Kampf zu mobilisieren, um die Bourgeoisie zu enteignen und eine Arbeiterregierung zu errichten, die eine Planwirtschaft einführt. Dies hätte die Arbeiterklasse frontal gegen die Labour-Regierung gestellt, die mit ihren Programmen dem britischen Kapitalismus aus der Patsche half und ihn rettete.

Protektionismus ist eine reaktionäre Utopie, die die britische Arbeiterklasse nicht gegen die Auswirkungen des Weltmarkts verteidigen kann. Er lenkt die Arbeiterklasse davon ab, über nationale Grenzen hinweg für Arbeit für alle und einen höheren Lebensstandard zu kämpfen, und bringt sie, im Bündnis mit ihrer „eigenen“ Bourgeoisie, in Konkur-



Workers Hammer

SL/B-Kontingent auf Demo 1993 gegen faschistische BNP: Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat! Für Gewerkschafts/Minderheiten-Mobilisierungen, um die Faschisten zu zerschlagen!

renz gegen ausländisches Kapital und gegen Arbeiter in anderen Ländern. Nötig ist eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung für die menschlichen Bedürfnisse und eine internationale Arbeitsteilung. Der Kapitalismus aber basiert auf Produktion für den privaten Profit und auf dem Nationalstaat – beides Hindernisse für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Um Profite zu machen, müssen die Kapitalisten Märkte für ihre Produkte haben; die können sie aber nur auf Kosten ihrer Rivalen bekommen; deshalb kommt es zwangsläufig zu offenen Konflikten zwischen den imperialistischen Mächten. Importkontrollen führen zu Handelskriegen, die zu offenen Kriegen führen, und es sind die Generäle, die letztendlich die Zolltarife aushandeln.

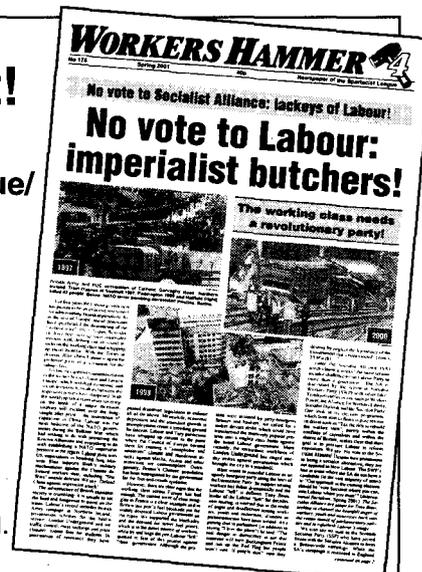
Nur sozialistische Revolution im Weltmaßstab kann den Ausbruch eines erneuten interimperialistischen Krieges und der Barbarei verhindern. In Britannien kämpft die Spartacist League dafür, Arbeiter von der Labour-Politik zu brechen, für die Perspektive einer neuen Oktoberrevolution. Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

Abonniert!

Zeitung der
Spartacist League/
Britain

4 Ausgaben
DM 10,- (Europa)
inkl. Spartacist
(englische Ausgabe)

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Erklärung der Spartacist League/Britain

Wählt Socialist Labour Party, gegen New Labour!

Bei den Parlamentswahlen sagt die Spartacist League: Keine Stimme für die Labour Party, die nur mehr von derselben rassistischen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik durchzuführen verspricht, die sie in den letzten vier Jahren ausgeteilt hat. Und wir sagen: Keine Stimme für die Socialist Alliance, deren Wahlkampagne der Wiederwahl von Labour untergeordnet ist. Wir rufen eindringlich zur Stimmabgabe für die Socialist Labour Party (SLP) auf, die einen unabhängigen auf die Arbeiterklasse ausgerichteten Wahlkampf führt, der, wenn auch nur grob, eine Klassenlinie gegen die Labour Party zieht. Im Gegensatz zu der fälschlich so genannten Socialist Alliance lehnt es die SLP ab, zur Stimmabgabe für Labour aufzurufen, und ist bereit, gegen so genannte Labour-„Linke“ wie Jeremy Corbyn anzutreten. Labour hat eine rassistische Raserei entfesselt, die zu tödlichen Angriffen auf die Minderheiten in der Bevölkerung anstachelt. An Blairs brutalem Durchgreifen bei den Spritpreisprotesten konnte man ermesen, wie sehr er der Durchsetzung kapitalistischer Austerität verpflichtet ist. Von dem Krieg gegen Serbien bis zu der Belagerung katholischer Gebiete in Nordirland durch die britische Armee und der andauernden Bombardierung des Irak besteht die Labour-Regierung aus imperialistischen Schlächtern.

Wir weigerten uns, zur Stimmabgabe für Ken Livingstone aufzurufen – einen begeisterten Unterstützer der Bombardierung Serbiens –, als er für das Bürgermeisteramt von London kandidierte; überflüssig zu sagen, dass die Socialist Alliance ihn unterstützte. Diesen Monat ließen Livingstone und Blair Tausende von Bullen auf Erste-Mai-Demonstranten in London los. Die Spartacist League sagt: Verteidigt die Erste-Mai-Demonstranten! Weg mit allen Anklagen!

Im Gegensatz zur Socialist Alliance fordert die SLP offen den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland. Die SLP fordert ein vereinigtes Irland. Wir sind gegen die gewaltsame Wiedervereinigung Irlands, die eine Umkehrung der bestehenden Unterdrückungsbedingungen bedeuten würde. Die einzige gerechte Lösung besteht darin, dass die Herrschaft des Kapitals auf beiden Seiten der irischen

Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See gestürzt wird. Wir kämpfen für die Beendigung der Unterdrückung der katholischen Minderheit im Norden und sind gegen den von den Imperialisten vermittelten „Friedens“-Schwindel, der notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit geht und auch Protestanten aus der Arbeiterklasse nichts Gutes bringt. Wir sagen: Truppen raus sofort! Für eine Arbeiterrepublik in Irland als Teil einer freiwilligen Föderation von Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln!

Die SLP stellt einige Forderungen auf, die wir voll unterstützen, nicht zuletzt den Aufruf zur Abschaffung der Monarchie und des Oberhauses und das Selbstbestimmungsrecht für Schottland und Wales. Sie fordern auch kostenlose Abtreibung auf Wunsch und den Wiederaufbau des Gesundheitswesens und des öffentlichen Dienstes, darunter die Wiederverstaatlichung der Eisenbahn und von Versorgungsbetrieben wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Diese Forderungen sprechen das Gefühl der Wut von arbeitenden Menschen über die Verbrechen des kapitalistischen Systems an.

Die Schlüsselfrage ist, was für eine Partei und was für ein Programm die Arbeiterklasse benötigt, um ihre Interessen und die Interessen aller Unterdrückten – Minderheiten, Frauen, Schwule und Jugendliche – im Kampf gegen den Kapitalismus zu vertreten. Wir wollen eine Partei aufbauen, die proletarisch, revolutionär und internationalistisch ist, nach dem Modell der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die die große Oktoberrevolution von 1917 führte.

Die SLP, die viele unterstützenswerte Forderungen aufstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Partei der Nostalgie: „Clause-IV“-Sozialisten, die auf eine von Labour geprägte Vergangenheit blicken, nicht auf eine sozialistische Zukunft. „Clause IV“, die „Gemeineigentum“ versprach, wurde in die Satzung von Labour zu einer Zeit hineingeschrieben, als Arbeiter durch die Auswirkung der bolschewistischen Revolution elektrisiert waren. Die Mythen vom „Gemeineigentum“ wurden absichtlich ausgeheckt, um den



PA



Reuters

Privatisierung der britischen Bahn führte zu tödlichen Unfällen. Spritproteste der LKW-Fahrer und Bauern gegen Blair-Regierung waren sehr populär

Arbeitern vorzumachen, dass „Sozialismus“ *ohne* eine Arbeiterrevolution und über das Parlament erreicht werden könne. Die SLP knüpft an die angeblich „gute alte Zeit“ der Labour-Regierung unter Clement Attlee nach dem Zweiten Weltkrieg an, die große Teile der britischen Industrie verstaatlichte, was auf einen gewaltigen kapitalistischen Freikauf unrentabler Unternehmen hinauslief. Diese Unternehmen wurden dann von den Werkträgern über hohe Steuern und niedrige Löhne subventioniert, während die ehemaligen Eigentümer astronomische Entschädigungsraten erhielten. Attlees Labour-Regierung bestand aus imperialistischen Schlächtern, die bei der blutigen Teilung Indiens die Oberaufsicht führten und im griechischen Bürgerkrieg die Kommunisten zerschlugen.

Die Privatisierungsmanie der Blair-Regierung übertrifft sogar noch die von Thatcher – die Flugsicherung und die Londoner U-Bahn stehen auf der Liste. Wir sind gegen Privatisierungen, die in jedem Falle Angriffe auf Gewerkschaften, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen bedeuten, wobei Sicherheitsstandards den Bach runtergehen. Aber für Revolutionäre ist die Antwort nicht die Rückkehr zu der schlechten alten Zeit von British Rail nach Art der SLP oder Ken Livingstones Eigentumsmodell aus Anleihen und öffentlichen Mitteln, das den Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs wieder dem allgemeinen Diktat des kapitalistischen Systems unterwirft. Livingstone hat für die Leitung des städtischen Nahverkehrssystems Bob Kiley, einen berüchtigten Gewerkschaftsfeind und ehemaligen CIA-Agenten, angeworben. Die Arbeiter führen zur Zeit eintägige Streiks über Sicherheitsbedingungen durch. Bob Crow, der Oberbürokrat der Eisenbahnergewerkschaft, lange Zeit ein bekannter Anhänger der SLP, tat sein Möglichstes, um die Wut der Arbeiter in eine Unterstützung für Livingstone/Kiley zu kanalisieren. Die U-Bahn-Arbeiter wurden wütend, als Crow vor kurzem einen Streik abblies.

Unser Programm ist für die *Enteignung* des Verkehrssystems ohne Entschädigung für die kapitalistischen Bosse *als Teil des Kampfes für eine Arbeiterregierung und für die Errichtung einer Planwirtschaft*. Enteignet die privaten Bahn- und Busunternehmen – keine Entschädigungen! Städtischer Nahverkehr muss kostenlos sein – reißt die Fahrkartensperren heraus! Ein solches Programm ist unvereinbar mit der Perspektive von Scargills SLP. Wir kämpfen für eine mächtige Industriegewerkschaft, die Eisenbahn-, U-Bahn- und Busarbeiter umfasst. Die Arbeiter müssen auf ihre eigene Kraft vertrauen und müssen unabhängig von den Kapitalisten und deren Staat mobilisiert werden. Die Gewerkschaften benötigen eine klassenkämpferische Führung, nicht Leute wie Bob Crow, die Ausverkauf betreiben. Ein sicheres, zuverlässiges Verkehrssystem, das auch die Bedürfnisse der Arbeiter in diesem Industriezweig erfüllt, bekommt man einzig und allein durch den Sturz des Kapitalismus, indem das Proletariat die Macht erobert.

Die Opposition der SLP gegen Kohle- und Ölimporte ist protektionistisches Gift, das nationalen Chauvinismus und

Rassismus schürt; das passt zu Forderungen, die britische Industrie auf Kosten ihrer Rivalen zu schützen durch die Verstaatlichung der britischen Kohle- und verarbeitenden Industrie. Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten haben sich nach der Konterrevolution, die die ehemalige Sowjetunion zerstörte, verstärkt; diese Rivalität führt zu Handelskriegen, die zu offenen Kriegen führen. Die Logik von derartigem zersetzenden Nationalismus in der Arbeiterbewegung zeigte sich bei der Rover-Demonstration vom April 2000, die von Gewerkschaftsbürokraten der Autoindustrie organisiert wurde und ein Ausbruch von nationalistischem Chauvinismus war. Wir kämpfen für: Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten, um die Faschisten zu zerschlagen! Notwendig ist ein Kampf über nationale Grenzen hinweg für Arbeitsplätze für alle, als Teil des Kampfes, die kapitalistische Herrschaft wegzufegen.

Das Manifest der SLP erwähnt den Bergarbeiterstreik von 1984/85, der von Scargill geführt wurde und eine der größten Klassenschlachten war, die Britannien jemals gesehen hat. Wir Trotzisten ziehen die Lehren daraus für das britische Proletariat. Am Vorabend des Streiks fabrizierte die Workers Revolutionary Party von Gerry Healy eine Hexenjagd gegen Scargill wegen seiner korrekten Aussage, dass die polnische Solidarność antisozialistisch sei. Und es ist erwähnenswert, dass Healys Lieblings-Labour-Politiker ... Ken Livingstone war. Der Bergarbeiterstreik trieb militanten Gewerkschaftskampf bis an seine Grenzen; er wurde sabotiert von der Labour Party und den TUC [Trades Union Congress]-Spitzen. Aber Scargill blieb der Labour Party verpflichtet und die Bergarbeitergewerkschaft kämpfte allein. Wir suchten den Streik auf andere Gewerkschaften auszuweiten, indem wir Bergarbeiter, Eisenbahner und Hafentarbeiter dazu aufriefen, das Land lahmzulegen.

Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten war eine Katastrophe für die Werkträgern dort und weltweit. Die USA und der britische Imperialismus bereiten den Boden für einen Krieg gegen die Volksrepublik China. Das SLP-Manifest verurteilt „die Anwendung von wirtschaftlichen und politischen Blockaden oder Sanktionen, die vom internationalen Kapitalismus gegen Länder eingesetzt werden, die – wie Kuba – die Grundlagen des Kapitalismus selbst in Frage stellen.“ Wir rufen auf zur bedingungslosen militärischen Verteidigung Kubas sowie auch der anderen deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam und Nordkorea gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. Wir Trotzisten kämpfen für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratien. Der Sturz des Kapitalismus in den imperialistischen Kernländern ist der beste Weg, die bestehenden Arbeiterstaaten zu verteidigen und zu einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft vorwärts zu gehen. Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken der britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

Keine Stimme für Gordon Potts! Bullen raus aus den Gewerkschaften!

19. Mai – Wir erfuhren heute, dass die SLP einen gewissen Gordon Potts, einen Bewährungshelfer, der auch in der National Association of Probation Officers [Nationale Vereinigung der Bewährungshelfer], einer Bullen-, „gewerkschaft“, aktiv ist, als Kandidaten für Newcastle upon Tyne Central aufgestellt hat. Bewährungshelfer sind wie Polizisten und Gefängniswärter Teil des kapitalistischen Staates – die „Formationen bewaffneter Menschen“ der Bosse zur Aufrechterhaltung von kapitalistischem Eigentum, Aus-

beutung und Unterdrückung. *Sie gehören nicht zur Arbeiterbewegung!* Wir sagen: *Keine Stimme für Gordon Potts!*

Die SLP führt eine unterstützbare Wahlkampagne, die eine Klassenlinie zieht gegen Blairs arbeiterfeindliche New Labour: Die Spartacist League gibt der SLP kritische Wahlunterstützung. Doch gleichzeitig ist die Aufstellung von Mr. Potts ein kristallisierte Ausdruck des parlamentarischen „Clause-IV“-Reformismus der SLP, der auf der tödlichen Illusion beruht, der kapitalistische Staat, sein Parlament, seine Bullen, Bewährungshelfer usw. seien „neutral“ und könnten von der Arbeiterklasse dazu benutzt werden, den Sozialismus zu erreichen.

Mumia...

Fortsetzung von Seite 4

Verteidigung] gekämpft haben, seit wir uns vor etwa 14 Jahren erstmals für Jamals Verteidigung eingesetzt haben.

Das war sicher nicht die Botschaft von den reformistischen Organisatoren der Protestkundgebung in Philadelphia und einer anderen am gleichen Tag in San Francisco. Die Reformisten haben gar nicht erst versucht, frische Kräfte von Arbeitern und Bewohnern der Ghettos und Barrios einzubeziehen, die aus eigener Erfahrung die abgekarteten Lügmethoden der Bullen gut kennen, sondern haben sich gedreht und gewunden, um die neuen Beweise zu umgehen und herunterzuspielen, und damit effektiv so gehandelt, dass sie der Nachrichtensperre der bürgerlichen Medien Vorschub leisteten. Sprecher der Workers World Party (WWP) und ihres International Action Centers (IAC), die Hauptorganisatoren der Protestkundgebung in Philadelphia, haben die neuen Beweise noch nicht einmal erwähnt und erst recht nicht in den Vordergrund gerückt. Und in San Francisco brachte es Jeff Mackler, ein Führer von Socialist Action (SA) [in Deutschland RSB] fertig, den „neuesten Stand des Falles“ zu präsentieren, ohne auch nur *einmal* auf sie zu sprechen zu kommen.

Weshalb sollten erklärte Sozialisten, die behaupten für Jamals Freiheit zu kämpfen, so etwas tun? In einer Erklärung aus seiner Todeszelle an die Protestkundgebungen sagte Mumia: „Viele von euch haben gesagt, dass ihr kein Vertrauen in das System habt, doch in eurem Herzen weigert ihr

euch, euch davon zu lösen.“ Wirklich, schon die bloße Vorstellung, die Bullen könnten vorsätzlich eine abgekartete Anklage gegen einen Unschuldigen fabrizieren und einen der „Ihren“ zum Abschuss freigegeben haben, ist ein Affront gegen den eingefleischten Glauben der Reformisten an die dem bürgerlichen Staat innewohnende Demokratie und an die Polizei als eine Institution, die im Grunde dazu da sei, der Bevölkerung „zu dienen und sie zu beschützen“.

Seit WWP und SA vor ein paar Jahren Jamals Fall aufgegriffen haben, konzentrieren sie all ihre Anstrengungen darauf, Politiker der Demokratischen Partei zu umwerben, und beschränken so die Bewegung für Jamal bewusst auf Appelle nach Gerechtigkeit, gerichtet an dieses System der rassistischen *Ungerechtigkeit*. Während die zentrale Losung bei den jüngsten Kundgebungen der legalistische Appell „Aufhebung des Urteils – Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ war, wurde bei früheren Protestkundgebungen jede Forderung nach Mumias Freiheit zugunsten der Forderung nach einem „neuen Prozess“ unterdrückt; damit wurden Illusionen in die kapitalistischen Gerichte verbreitet, um bürgerliche Liberale zu erreichen, deren einzige Sorge darin bestand, dass Jamals ursprüngliches abgekartetes Verfahren eine Peinlichkeit für die amerikanische „Demokratie“ sei. Jetzt stellt sich die Maske des Liberalismus als das wahre Gesicht dieser Reformisten heraus.

In San Francisco organisierten die SL, der Spartacus Youth Club und die Labor Black League for Social Defense ein revolutionäres Kontingent als Gegenpol zur reformistischen Politik der Organisatoren der Kundgebung. Über 50

Pilotenstreik...

Fortsetzung von Seite 8

der Bourgeoisie. Unser Ziel ist nicht einfach ein „fairer Lohn für ein faires Stück Arbeit“, sondern der Sturz dieses Ausbeutersystems, die revolutionäre Enteignung der Bourgeoisie. Das erfordert den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei.

Wenn auch nur ein Bruchteil der Arbeiter, die heute halb im Scherz darüber sprechen, auch 30 Prozent Lohnerhöhung bekommen zu wollen, anfangen dafür zu kämpfen, wird das den Boden unter den Füßen der SPD-Regierung, die für die Kapitalisten herrscht, wegziehen. Deswegen überschlagen sich die DGB-Bürokraten, ihren SPD-Brüdern zu Hilfe zu kommen, indem sie versuchen, Wut gegen die Piloten zu schüren. Die Gewerkschaftsbürokraten nutzen seit langem solche Teile-und-Herrsche-Taktiken mit ihren rassistischen „Standort-Deutschland“-Parolen, um die Arbeiterklasse entlang nationaler und ethnischer Linien zu spalten. Durch ihren Streik haben die Piloten enorme soziale Macht gezeigt. Diese soziale Macht muss in den Dienst von Immigranten und Flüchtlingen gestellt werden, die die Zielscheiben der rassistischen Angriffe der Regierung sind, Angriffe, die sich gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Cockpits Aufruf, dass Piloten sich weigern sollen, Zwangsabschiebungen zu fliegen, hat allein 1999 zweihundert Abschiebungen gestoppt. Doch Piloten und andere Flughafen- und Transportarbeiter müssen organisieren, *alle* Abschiebungen zu stoppen. Dies verbunden mit dem Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben, wird die multiethnische Arbeiterklasse gegen die von der SPD geführten Angriffe vereinen. Die Arbeiterklasse wird entweder gemeinsam vorwärts gehen oder getrennt zurückgeschlagen werden.

Während die Gewerkschaftsbürokratie eine Arbeitsteilung mit der SPD hat, teilen sie die Politik, den Kapitalismus und die Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Die SPD ist eine bürgerliche Arbeiterpartei. Trotz ihrer Ba-

sis in der Arbeiterklasse hat die SPD ein völlig bürgerliches Programm. Die SPD/Grünen-Regierung ist eine kapitalistische Regierung, die den Arbeitern kapitalistische Austerität und Krieg gerade wegen der Arbeiterbasis der SPD weitaus besser verkaufen kann als die CDU dies könnte.

Die Lohn- und Sozialraubpolitik der Kapitalisten kann nur mit der Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchgeführt werden. Die große Zahl von Austritten aus den Gewerkschaften zeigt die Wut der Arbeiter, die von einer Führung verraten worden sind, von der sie wissen, dass sie nicht die Absicht hat, wirklich zu kämpfen. Dennoch sind die Gewerkschaften Organisationen, in denen sich alle Arbeiter organisieren können, als gemeinsame Basis für Kämpfe gegen die Angriffe der Bosse und ihrer Regierung. Eine Gewerkschaftsführung muss erkämpft werden, die für die vollständige Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat und für Gewerkschaftsdemokratie steht. Dazu ist es nötig, gegen den sozialdemokratischen politischen Rahmen der derzeitigen Führung zu kämpfen. Pseudolinke wie DKP oder Linksruck predigen in jedem Streik mehr Militanz, aber sie unterstützen die SPD oder die PDS, wie sie es bei den letzten Wahlen taten, d. h. genau die Parteien, gegen deren Politik die Arbeiter kämpfen müssen. So helfen sie nur, den Einfluss der Gewerkschaftsbürokraten zu stärken, die vielleicht etwas „militanter“ klingen, aber letztendlich bei der gleichen alten Sozialpartnerschaftsscheiße enden. In dieser Periode des verfaulenden Kapitalismus, des Imperialismus, können die Gewerkschaften entweder als Hilfsmittel der Kapitalisten dienen, um die Arbeiter zu disziplinieren, oder sie können Instrumente des revolutionären Klassenkampfes sein. Der Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung ist eng verbunden mit dem Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die alle Unterdrückten hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse vereint und dieses elende rassistische kapitalistische System stürzt. Die SpAD hat sich dem Aufbau dieser multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei verpflichtet. Sieg dem Pilotenstreik! ■

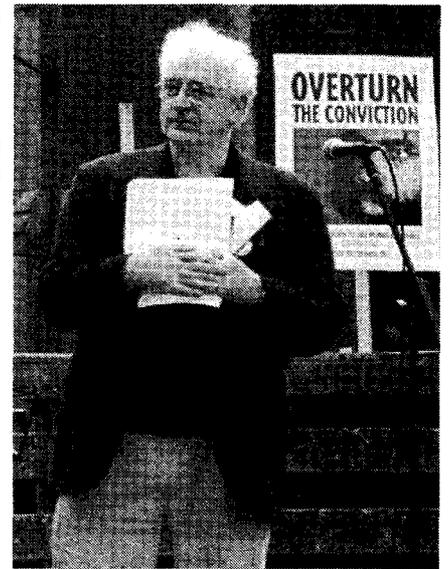
Leute marschierten in unserem Kontingent und unsere Sprechchöre und Plakate wurden überall in der Menge aufgegriffen. Eine Person mit einem Plakat, das von der Campaign to End the Death Penalty [Kampagne zur Beendigung der Todesstrafe] von der International Socialist Organization verteilt worden war und auf dem deutlich sichtbar die Forderung „Neuer Prozess jetzt“ stand, kam zu unserem Büchertisch und bat um einen schwarzen Filzschreiber, um diese Losung durchzustreichen. So erklärte einer unserer Genossen, als er Demonstranten dazu aufforderte, sich uns anzuschließen:

„Wenn ihr der Ansicht seid, dass es nicht genug ist, die ‚Aufhebung des Urteils‘ zu fordern, wenn ihr der Ansicht seid, dass Mumia unschuldig ist und freigelassen werden muss, wenn ihr der Ansicht seid, dass es in den kapitalistischen Gerichten keine Gerechtigkeit gibt, wenn ihr der Ansicht seid, dass der Kampf zur Befreiung Mumias mit dem Kampf zur Beseitigung dieses rassistischen kapitalistischen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung auf das Engste verbunden werden muss, dann gehört ihr in dieses revolutionäre Kontingent. Dies ist das Kontingent, das die Wahrheit sagt und nicht das, was die Liberalen hören möchten. Wir sagen es, wie es ist: Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!“

Reformisten demobilisieren den Kampf für Mumias Freiheit

Wie weit die Reformisten gehen würden, um die Wahrheit zu unterschlagen, wurde überdeutlich bei der Kundgebung in San Francisco. Als IAC-Sprecher John Parker laut Ankündigung von Eliot Grossman, einem von Jamals neuen Anwälten, Mumias eidesstattliche Erklärung vorlesen sollte, versuchte er sogar *Mumias eigene Worte zu zensieren*. Als er zu einem Abschnitt kam, wo der ehemalige führende Anwalt Leonard Weinglass als derjenige benannt wurde, der Mumia dazu gedrängt hatte, „im Berufungsverfahren von 1995 nicht auszusagen“, übersprang Parker den Namen von Weinglass. Als Grossman energisch protestierte: „Wir wollen die Worte von Mumia Abu-Jamal hören und keine Rechtfertigungen für Leonard Weinglass“, murmelte Parker etwas von Sorge, man könnte „gespalten“ und „demoralisiert“ werden und man müsse „für die Einheit der Bewegung“ eintreten.

In Anbetracht der Tatsache, dass sie versuchten, Mumia selbst zu zensieren, ist es überhaupt nicht überraschend, dass sie nicht zuließen, dass man unsere Klassenkampfstrategie von der Rednerbühne hören konnte, und das Ersuchen des PDC, reden zu können, ablehnten. Die „Einheit“, die die Reformisten so hoch schätzen, ist die Einheit mit den bürgerlichen Liberalen. Die kriminelle Wirkung ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit zeigte sich am 12. Mai, als in San Francisco kaum 1500 und in Philadelphia nicht mehr als 500 Leute auf die Straße gingen. Die schwindende Größe der Jamal-Proteste im Laufe der letzten paar Jahre ist ein schlagender Beweis, wie Reformisten, schwarze Nationalisten und verschiedene kleinbürgerliche „Radika-



Fotos: Workers Vanguard

Pseudolinke demobilisieren Kampf für Mumias Freiheit. ISO propagiert liberalen Aufruf für „Todesstrafenmoratorium“ (links), Jeff Mackler von Socialist Action verheimlicht neue Beweise, die das Komplott gegen Jamal zerfetzen

le“ dabei geholfen haben, Arbeiter, Jugendliche und andere, die Jamal verteidigen wollen, zu demoralisieren und zu demobilisieren, indem sie eine solche Verteidigung nur von den Entscheidungen der kapitalistischen Gerichte abhängig machen.

Obwohl durch Beverlys Geständnis auf dramatische Weise Mumias Unschuld bestätigt wird, weigerten sich Weinglass und sein ehemaliger Mitverteidiger Dan Williams, es zu verwenden. Da seine Lebensuhr tickt, war Jamal gezwungen, die Anwälte zu feuern, nachdem Williams einen verräterischen „Insiderbericht“ über den Fall mit dem passenden Titel „*Executing Justice*“ [Recht ausüben/Hinrichtungsjustiz] geschrieben hatte. Darin versucht Williams, diese Beweise von vornherein unwirksam zu machen – indem er sie als verrückte Verschwörungstheorie darstellt – mit der Begründung, dass die Bullen einen unschuldigen Mann weder wissentlich falsch beschuldigen würden noch könnten. Doch selbst wer die bürgerliche Presse in den letzten paar Wochen nur sporadisch gelesen hat, weiß es besser, nicht zuletzt von Berichten über den betrügerischen staatlichen Chemiker aus Oklahoma, der Dutzende von Leuten der Todeszelle oder langen Gefängnisstrafen ausgeliefert hat. In einem Kommentar zu einem anderen Fall – der Freilassung zweier Männer aus Brooklyn, die wegen einer Mordanklage auf Grundlage frei erfundener Zeugenaussagen 14 Jahre hinter Gittern verbracht hatten – schrieb selbst der liberale Kolumnist Bob Herbert: „Es gibt wenige oder gar keine Bemühungen, Unschuldige gegen diese Art von völlig haltlosen Lügen zu schützen. Schlimmer noch, wenn der Beweis erbracht ist, dass ein Prozess auf Lügen aufgebaut wurde, ist der Reflex der Strafjustizbeamten, es zu vertuschen“ (*New York Times*, 17. Mai).

Wie wir an anderer Stelle in dieser Ausgabe ausführlich darlegen, ist Williams' „Insiderbericht“ buchstäblich ein Leitfaden für die Staatsanwaltschaft. Dennoch wurde die Entscheidung, diese entscheidenden Beweise für Mumias Unschuld zurückzuhalten, in einem Artikel von Mackler in *Socialist Action* (April 2001), wenige Wochen bevor das neue Verteidigerteam das Geständnis von Beverly vorlegte, implizit entschuldigt und gerechtfertigt. In Anspielung auf diesen Artikel sagte Eliot Grossman in seiner eigenen Rede am 12. Mai:

„Es gab vor ein paar Wochen in einer linken Zeitung einen Artikel, der Daniel Williams' Behauptung aus

Fortgesetzt auf Seite 26



Berlin, 5. Februar 2000. Demonstration für Mumia Abu-Jamal. Spartakisten intervenieren gegen gefährliche Illusion in „fairen Prozess“

Mumia...

Fortsetzung von Seite 25

seinem niederträchtigen Buch in Umlauf brachte, dass sie diese Beweise angeblich nicht vorgelegt hätten, weil sie nicht glaubwürdig wären, und der dann die Ansicht in den Raum stellte, dass diese Art von Beweisen völlig verrückt wären und niemand sie je vorlegen würde. Wir haben diese Beweise vorgelegt. Sie sind nicht verrückt. Dies sind die Beweise, die zeigen, dass Mumia unschuldig ist.“

Viele Demonstranten kauften danach gleich die Ausgabe von *Workers Vanguard* mit dem Artikel „New Evidence Smashes Frame-Up to Bits: Free Mumia Now!“ [Neue Beweise zerfetzen die abgekartete Anklage: Freiheit für Mumia jetzt!], und ein paar sagten, es täte ihnen jetzt leid, nicht in unserem Klassenkampfkontingent im Kampf für Jamals Freiheit mitmarschiert zu sein.

Zwar veröffentlichte Refuse & Resist von der Revolutionary Communist Party Auszüge aus den neuen Beweisen, aber eine Erklärung des führenden Sprechers von Refuse & Resist, Clark Kissinger, an die Demonstration in Philadelphia enthielt nicht einmal einen Hinweis auf das entscheidende Geständnis von Arnold Beverly. Als Mumia im Sommer 1995 vor seiner bereits angesetzten Hinrichtung stand und die Fraternal Order of Police (FOP) [Polizeibruderschaft] regelrechte Lynchmobs von Bullen auf den Straßen Philadelphias organisierte, forderte Refuse & Resist diese gekauften Killer der Kapitalistenklasse zu einer „Debatte“ über-Jamal auf. Heute konzentriert sich Kissinger wieder darauf, die FOP zu widerlegen, und schreibt in seiner Erklärung:

„Seit Jahren jammern Bullen, Staatsanwälte und ihre gekauften Medien, weil Mumia und sein Bruder sich zu Recht weigerten, vor Richter Sabos Femegericht ihre Aussage zu machen, was in der Nacht passiert ist, als Mumia angeschossen und festgenommen wurde.

Jetzt, wo wir Mumias Erscheinen vor einem Bundesgericht erwarten, haben beide den Menschen ausführliche Schilderungen jenes Abends geliefert. Und diese Erklärungen wurden nun beim Bundesgericht eingereicht. Also kann die FOP jetzt verdammt noch mal ihre Schnauze halten.“

Diese dünne Tünche von „militanter“ Rhetorik gegen die Bullen, die sich an die jugendlichen Unterstützer von Refuse & Resist richtet, ist bloß ein Deckmantel für dieselbe liberale Politik, wie sie von der eher biedereren sozialdemokratischen Socialist Action vertreten wird.

Während Mackler in seinem „Neuesten Bericht über den Fall“ vom 12. Mai die Beweise für Jamals *Unschuld* verheimlicht, konzentriert er sich auf die rein verfassungsrechtliche Frage von Jamals „Grundrecht auf einen Anwalt nach dem 6. Verfassungszusatz“ bei seinem Prozess von 1982 vor dem berüchtigten „Henker-Richter“ Albert Sabo. Sabos Verweigerung von Jamals Recht, sich selbst zu verteidigen, ist jetzt einer der Verfahrenspunkte vor dem Bezirksbundesgericht unter Richter Yohn. Mackler lamentiert: „Wenn dieser Richter Albert Sabo folgt, ist Mumia ein toter Mann.“ Warum sollte man versuchen, die Macht der Arbeiter und Schwarzen auf die Straße zu mobilisieren, wenn Jamals Schicksal tatsächlich von einem einzigen Richter abhängt? Dies ist der *Defätismus*, der dem Vertrauen der Reformisten in den kapitalistischen Staat entspringt.

tischen Staat entspringt.

Von ihrer Forderung nach einem neuen Prozess bis zu ihrem Widerwillen gegenüber Beverlys Geständnis verfolgen die Reformisten eine Strategie, die darauf abzielt, die bürgerlichen Liberalen zu umschmeicheln, die nicht unbedingt an Jamals Unschuld glauben und kein besonderes Interesse an seiner Freilassung haben. Die Auffassung derartiger Typen gab der Juraprofessor David Kairys von der Temple Universität wieder, als er einem AP-Agenturbericht (9. Mai) zufolge „das neue [Anwalts-]Team dafür kritisierte, dass es eine einfachere Strategie aufgegeben habe, wie den Versuch, die Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln“ – d. h. in einen lebendigen Tod.

Die Liberalen behaupten, die Farce von Gerichtsverhandlung gegen Jamal 1982 sei bloß ein Fehltritt eines ansonsten „gerechten“, „demokratischen“ Systems gewesen. Die Reformisten verbreiten die Ansicht, dass der kapitalistische Staat durch Druck dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu dienen. Diese selbst ernannten „Marxisten“ sind eine lebendige Zurückweisung des marxistischen Verständnisses, dass der bürgerliche Staat – der im Kern aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und Militär besteht – nichts anderes ist als ein Instrument zur Unterjochung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten. In einem grotesken Lobgesang auf die Fiktion von „gleichem Recht für alle“ jammert *Socialist Action* (Mai 2001):

„Es gab einmal ein schönes Bildnis von einer würdevollen, strengen und scharfsinnigen Frau, die mit verbundenen Augen und einer unparteiischen Waage die Wahrheit festlegt. Heute ist dieses Bild, das sowieso schon ziemlich fabriziert war, verraten worden.“

Hier wird vollständig die grausame Geschichte des amerikanischen Kapitalismus geleugnet, vom Dred-Scott-Urteil von 1857, das die Macht der Sklavenhalter im Süden untermauerte, über das antikommunistische, antisemitische Komplott gegen die Rosenbergs fast ein Jahrhundert später bis zu den zahllosen Schwarzen und Arbeiteraktivisten, die vorher und seitdem von kapitalistischen Gerichten eingekerkert oder hingerichtet worden sind.

Mobilisiert die Macht der Arbeiter/Schwarzen – Brecht mit den Demokraten

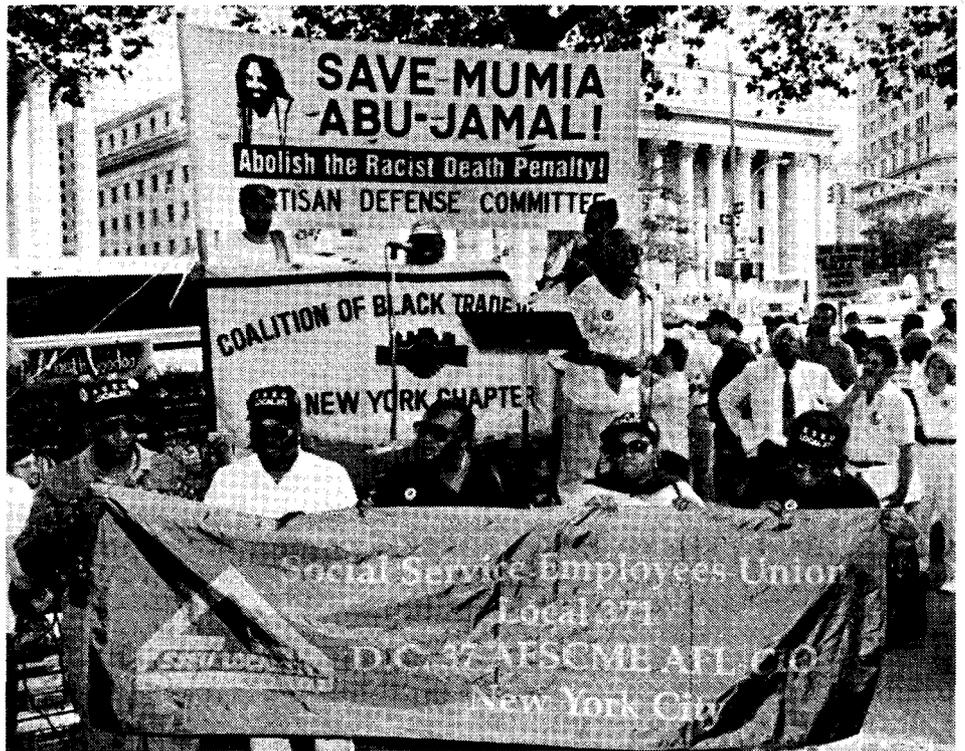
In seiner Rede auf der Kundgebung in San Francisco kam Anwalt Eliot Grossman zu dem Schluss:

„Wir müssen beweisen, dass Mumia unschuldig ist. Wir haben die Beweise, aber wir wissen, dass dies vielleicht

nicht ausreicht. Denn Shaka Sankofa, früher bekannt als Gary Graham, war unschuldig. Er hatte die Beweise. Sie haben ihn trotzdem hingerichtet. Wir können das nicht zulassen. Wir brauchen die Hilfe jedes Einzelnen hier... Wenn wir je wirkliche Arbeitersolidarität und kämpferische Aktionen nötig hatten und solche Aktionen wie den Streik der Hafendarbeiter, der die Westküste lahm legte, und das Teach-in, das die Lehrer in Oakland durchführten, dann brauchen wir solche Arbeitersolidarität an jedem Arbeitsplatz der Stadt, des Bundesstaates und in diesem Land.“

Die Arbeitsniederlegung der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) [Hafendarbeitergewerkschaft] vom April 1999 deutete tatsächlich auf jene Art machtvoller Arbeiteraktionen hin, die notwendig sind, um dem kapitalistischen System abgekarterter Lügen einen gewaltigen Schlag zu versetzen. Aber dank der Bemühungen des Gewerkschaftsopportunisten Jack Heyman von der ILWU-Ortsgruppe 10 wurde die Wirkung dieser Arbeitsniederlegung auf die Reedereibosse auf ein Minimum reduziert und die Aktion der Hafendarbeiter wurde an eine Unterstützung der Mobilisierung von den Reformisten für einen neuen Prozess gekettet, mit der die Demokratische Partei unterstützt wurde. Jetzt hat das Labor Action Committee to Free Mumia Abu-Jamal [Arbeiteraktionskomitee zur Befreiung Mumia Abu-Jamals] – ein gelegentliches Werkzeug Heymans, das hauptsächlich aus Unterstützern der Organisation besteht, die den lächerlich unpassenden Namen International Bolshevik Tendency trägt [in Deutschland Gruppe Spartakus] – einen „Aktionsaufruf“ herausgegeben, in dem erklärt wird: „Die stärkste Waffe, die die Arbeiterklasse im Klassenkampf zum Tragen bringen kann, ist ihre Macht, ihre Arbeit niederzulegen, und dies müssen wir *jetzt* in Angriff nehmen, um für unseren Bruder die Freiheit zu erringen.“ Der Zynismus dieses Lippenbekenntnisses zu Arbeiteraktionen wird durch die Tatsache entlarvt, dass Heyman *nicht einen einzigen* Hafendarbeiter zur Demonstration am 12. Mai brachte – eine ziemlich drastische Bilanz angesichts der weit verbreiteten Unterstützung für Jamal unter schwarzen Hafendarbeitern.

Im Kampf, die Arbeiterbewegung für Jamal zu mobilisieren, wollen wir die Arbeiter zu dem Verständnis gewinnen, dass sie die Ketten der Ausbeutung als Lohnsklaven der Kapitalisten nur zerbrechen können, wenn sie gleichzeitig jede Äußerung rassistischer Unterdrückung bekämpfen. Die Unterdrückung der Schwarzen ist das Fundament des amerikanischen Kapitalismus, der durch Segregation die überwältigende Mehrheit der Schwarzen gewaltsam am unteren Ende der Gesellschaft hält. Rassismus und die Ideologie der weißen Überlegenheit verschleiern den Klassengegensatz und dienen so dazu, weiße Arbeiter, durch die Illusion einer durch Hautfarbe begründeten Interessengemeinschaft, an ihre kapitalistischen Herren zu binden. Gleichzeitig stellen schwarze Arbeiter einen strategischen Teil des multirassischen Proletariats in den USA dar. Gewonnen zu einem revolutionären Programm, werden sie das lebendige Bindeglied sein, das die Wut der besitzlosen Massen der Ghettos mit der sozialen Macht des Proletariats vereinigt. Wir wollen



Workers Vanguard

Partisan Defense Committee initiierte im Sommer 1995 gewerkschaftsbasierte Mobilisierungen in New York City und anderswo, als der Termin für Jamals Hinrichtung festgesetzt worden war

die leninistische Avantgardepartei aufbauen, die notwendig ist, um den Kampf zur Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution zu führen.

Damit ihre Macht entfesselt werden kann, muss die Arbeiterklasse unabhängig von der Kapitalistenklasse und ihren politischen Parteien, sowohl Demokraten als auch Republikanern, mobilisiert werden. Von WWP/IAC bis zu Kissinger von Refuse & Resist und der International Socialist Organization (ISO) überboten sich die Reformisten auf den Kundgebungen vom 12. Mai gegenseitig mit ihrem Geschwafel vom „Kampf gegen Rechts“, womit sie die Demokratische Partei unterstützen. Dabei konzentrierten sie sich auf die Befürwortung der Todesstrafe durch den Republikaner Bush und amnestieren die Demokraten, die unter Clinton eine massive Ausweitung der Todesstrafe durchgesetzt haben. Die Campaign to End the Death Penalty von der ISO stand sogar rechts von vielen Liberalen, als sie ihre Forderung „Moratorium jetzt, Abschaffung als Nächstes“ propagierte, während einer ihrer Sprecher auf der Kundgebung in San Francisco die liberale Ansicht wiedergab, dass die Todesstrafe „einfach nicht funktioniert“.

Im Gegensatz zu den Liberalen und ihren reformistischen Anhängern ist unser Ausgangspunkt nicht, für die kapitalistischen Herrscher das effektivste Mittel zu suchen, um diejenigen zu unterdrücken, die sie ausbeuten. Wir lehnen die Todesstrafe grundsätzlich ab, sowohl für die Schuldigen als auch für die Unschuldigen. Unser Ziel ist es, den schärfsten politischen Kampf gegen das jetzige bürgerliche Bewusstsein zu führen – dem die Reformisten nachgeben und das sie verstärken –, den wahren Charakter des kapitalistischen Staates als Maschinerie der organisierten Gewalt gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu erklären und der Arbeiterklasse ein Verständnis von den Klassenkampfmethoden zu vermitteln, durch die sie den Kampf gegen das kapitalistische System und schließlich seinen Sturz organisieren können. Wir wollen dem Proletariat das Verständnis vermitteln, dass der kapitalistische Staat durch eine sozialistische Revolution zerschlagen und durch einen

Fortgesetzt auf Seite 28

Mumia...

Fortsetzung von Seite 27.

Arbeiterstaat ersetzt werden muss. Wie wir in unserem Aufruf zum revolutionären Kontingent schrieben:

„In diesem niedergehenden kapitalistischen System, das Millionen schwarzen Jugendlichen der Innenstädte keine Zukunft bietet, verkörpern die Todesstrafe, die massenhafte Einkerkерung von schwarzen Männern und die Abschaffung der Sozialhilfe den *Impuls zum Völkermord* bei den kapitalistischen Herrschern. Die Todesstrafe

steht an der Spitze der Unterdrückungsmaschinerie, die sich in direktem Verhältnis zu der immer breiter werdenden Kluft zwischen der Hand voll Stinkreicher und den Millionen von Armen und Werktätigen verstärkt.“

Die kapitalistischen Henker rüsten zum legalen Lynchmord an Jamal als einem Akt des Terrors und der Einschüchterung gegenüber allen, die gegen ihre rassistische Herrschaft Widerstand leisten. Jetzt ist die Zeit, alle Gegner rassistischer Unterdrückung zu mobilisieren und zu fordern: *Freiheit für Mumia jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 759, 25. Mai 2001

Dan Williams' Leitfaden für die Staatsanwaltschaft

Um zu verhindern, dass der entscheidende neue Beweis für Mumia Abu-Jamals Unschuld – das eidesstattliche Geständnis von Arnold Beverly, Daniel Faulkner erschossen zu haben – vor Gericht auch nur verhandelt wird, hat das Büro des Staatsanwalts von Philadelphia auf seinen fadenscheinigen Haufen von alten Lügen zurückgegriffen und auf eine neue Lüge.

In Prozessakten, die am 11. Mai eingereicht wurden, wärmt die Staatsanwaltschaft ihre falsche Behauptung aus dem abgekarteten Verfahren von 1982 wieder auf, „es habe Augenzeugen für den Mord gegeben“, die gesehen haben, wie „Jamal den Mord beging“. In Wirklichkeit behauptete nur einer der von der Staatsanwaltschaft erpressten oder bestochenen „Zeugen“ – eine Prostituierte namens Cynthia White, die danach ungehindert unter Polizeischutz auf der Straße arbeiten durfte –, Jamal überhaupt mit einer Waffe gesehen zu haben. White – kein anderer Zeuge erinnerte sich jemals daran, sie am Tatort gesehen zu haben – hatte anfänglich bestritten, Mumia mit einer Waffe gesehen zu haben, und den Schützen als 10 bis 15 cm kleiner als Mumia beschrieben. Gleichzeitig haben mindestens fünf Zeugen aus fünf verschiedenen Perspektiven der Polizei erzählt, dass sie einen schwarzen Mann vom Tatort flüchten sahen, als Jamal zusammenengesackt am Boden lag, nachdem er angeschossen worden war. Einer dieser fünf, William Singletary, sah jemand anderen als Mumia auf Faulkner schießen.

Die neue Lüge und der Großteil der Angriffe der Staatsanwaltschaft gegen Beverlys Geständnis stammen direkt von Jamals ehemaligem Anwalt Dan Williams, dessen Buch *Executing Justice* [Recht ausüben/Hinrichtungsjustiz] das Geständnis von Beverly als „kompletten Irrsinn“, „offensichtlich haarsträubend“ und „absurd“ verunglimpft. In der letzten Ausgabe von *Workers Vanguard* schrieben wir, dass Williams einen Leitfaden für die Staatsanwaltschaft verfasst hat, und genauso ist es auch. Die Dokumente des Staatsanwalts führen einen längeren Auszug aus dem Buch an und behaupten verlogen – in Worten, die direkt von Williams geklaut sind –, dass Jamal selber Beverlys Geständnis zurückgehalten habe, als es 1999 herauskam, „weil er wusste, dass es eine offensichtlich haarsträubende Geschichte und ‚eine Lüge‘ war“.

In Wirklichkeit macht sogar Williams' Buch klar, dass dies eine Lüge ist, denn es schildert, wie der ehemalige führende Anwalt Leonard Weinglass derjenige war, der „nach Wegen suchte, diesen Zeugen auf den Müll zu werfen“, so wie Weinglass (und Williams) auch versucht hatte, zu verhindern, dass Singletarys Aussage bei der Berufungsverhandlung von 1995 angehört wurde. Und wie Williams in dem Auszug, der von der Staatsanwaltschaft zitiert wird, völlig klar macht, haben sowohl

er als auch Weinglass damit gedroht, Jamals Verteidigung niederzulegen, wenn das Geständnis von Beverly benutzt werden sollte, um seine Unschuld zu beweisen.

Die Sozialdemokraten und Anhänger der Demokratischen Partei von *In These Times* (11. Juni) glauben den Dokumenten des Staatsanwalts im Grunde voll und ganz. In seinem jüngsten Angriff auf Jamal unterstützt David Lindorff die Argumentation des Staatsanwalts auf der ganzen Linie – indem er sich erst auf die so genannten Zeugen der Anklage beruft, dann Mumia beschuldigt, das Geständnis von Beverly zurückgehalten zu haben, und schließlich „die neue Verschwörungstheorie“ verspottet.

Inzwischen ist Williams in den Zeitungen von Philadelphia mit seinen Angriffen auf die Beweise groß herausgekommen, während die Presseagenturen eine anonyme, „mit Abu-Jamals Berufungsverfahren vertraute“ Quelle zitiert haben, die die bewusste *Lüge* verbreitet, dass Beverly zwei Lügendetektortests nicht bestanden habe. Warum sollte ein Anwalt sich so viel Mühe machen, um Beweise für die Unschuld seines Mandanten zu verheimlichen, und sie dann öffentlich auf den Müll werfen? In seinem Buch macht Williams klar, dass es für ihn wichtiger ist, das bürgerliche „Rechts“system als unantastbar zu erhalten, als Beweise einzubringen, die Jamals Unschuld belegen. Sein zentraler Ausgangspunkt ist, dass die Bullen niemals einen unschuldigen Mann wissentlich falsch beschuldigen könnten oder würden. Doch jeder Bewohner der Innenstädte kann ein Lied davon singen, dass Bullenkorruption, Mord und Komplote lebendige Realität sind. Was die Phrasen der Staatsanwaltschaft über die „Unglaubwürdigkeit“ von Beverlys Darstellung angeht, so zeigt schon ein flüchtiger Blick in die Tageszeitungen von Philadelphia, wie glaubwürdig er eben doch ist. Seit Wochen bringen sie nun schon Titelseitenartikel über den jüngsten Prozess gegen organisiertes Verbrechen und Mord, bei dem der Hauptzeuge der Regierung Ron Previte ist, ein ehemaliger Bulle, Mafiaschläger und FBI-Informant. Previte gab zu, seit Ende der 60er-Jahre, als er in Philadelphia in den Polizeidienst eintrat, ein „Gauner“ gewesen zu sein.

In einer aufschlussreichen Anekdote aus der Berufungsverhandlung von 1995 erinnert sich Williams an einen Vorfall, als „[Staatsanwalt] Grant und einige der Kriminalbeamten mich beiseite nahmen ... und mir vorhielten, dass ich immer noch jung genug sei, um meine sonst viel versprechende Karriere als Prozessanwalt zu retten, wenn ich nur diese große Trennlinie überwinden und auf der Seite der Engel kämpfen würde“. Williams sagte, er habe über die Einladung gelacht und sie abgelehnt. Aber mit seinem neuen Buch, das dem Staat in diesem letzten von Jamals Berufungsverfahren als Beweisstück Nr. 1 dient, hat sich Williams bestimmt seine Spuren verdient.

Wahlzirkus...

Fortsetzung von Seite 32

Was das bedeutet, machte der SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit klar: „Wir müssen die Verwaltung weiter abbauen und auch bei Opernhäusern und Universitätskliniken sparen“ (*Spiegel*-Interview, 11. Juni). In den letzten Jahren wurden 60 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes gefeuert. Krankenhäuser mussten massiv Betten und ganze Stationen streichen und schon jetzt ist das Krankenhaus Moabit de facto geschlossen. Moabit war dabei eines der wenigen Krankenhäuser, wo es Türkisch sprechende Ärzte gab, und war besonders wichtig für ethnische Minderheiten in dieser Stadt. Jetzt sollen Charité-Mitte, Urban, Benjamin-Franklin und das Krankenhaus Neukölln angegriffen werden. Die meisten liegen im Einzugsbereich von Bezirken mit hohem Anteil von Immigranten (siehe „Für gewerkschaftlichen Kampf gegen SPD/Grünen-Angriffe!“, Seite 30). Dies gibt einen kleinen Vorgeschmack auf die „harten Schnitte“, die die PDS in „sozialer Verantwortung“ den Arbeitern und Unterdrückten dieser Stadt reinwürgen will.

Da die PDS im Vergleich zur SPD in den jetzigen Skandal nicht verwickelt ist, bietet sie sich als effektives Instrument für die Angriffe an. So zitierte die *junge Welt* den Berliner PDS-Fraktionsvorsitzenden Harald Wolf: „Der Wechsel an der Regierung sei vor allem nötig, um in der Bevölkerung die nötige Akzeptanz für die ‚schmerzhaften Einschnitte‘ zu schaffen“ (29. Mai). Und deswegen rufen wir für die kommenden Wahlen – wie schon bei den Bundestagswahlen 1998 – auf: **Keine Stimme für SPD, PDS!**

Die Regierungsgier der PDS – die jetzt ihre „Kompetenz“ untermauert durch das größte vorgeschlagene „Spar“paket von allen – ruft Empörung innerhalb der PDS und unter linken Jugendlichen und Arbeitern hervor, die auf die PDS als Alternative schauen. Tagtäglich druckt die *junge Welt*, Sprachrohr der PDS-Linken, Artikel, die die PDS kritisieren, und Leserbriefe, die die Empörung der PDS-Basis widerspiegeln und Austritte erklären. Das ruft die PDS-„Linken“ auf den Plan, die die Lüge verbreiten, die PDS könne durch Druck von der Basis ein Instrument für die Interessen der Arbeiterklasse werden. So druckte die *junge Welt* u. a. die Erklärung der Führung der PDS-Hamburg ab mit dem Titel: „Wen der Ärger treibt, der bleibt – Ein Aufruf aus Hamburg an Mitglieder der PDS zum Verbleib in der Partei“; dort rufen sie zur Rettung der „sozialistischen Perspektive“ der PDS auf (*junge Welt*, 21. Juni). Aber die PDS – genauso wie die SPD – ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, d. h. sie hat eine proletarische Basis, aber ein völlig bürgerliches Programm. Sie assistiert der SPD bei der Kontrolle der Gewerkschaften, und gerade wegen der Illusionen, die Arbeiter und Linke in sie haben, ist sie ein besonders effektives **Hindernis** gegen die Verteidigung selbst der elementarsten Interessen der Arbeiter in Berlin gegen die „Spar“angriffe der Bourgeoisie. Sie ist ein **Hindernis** für den Kampf für eine proletarische Revolution, die allein dem kapitalistischen Elend ein Ende setzen kann. Arbeiter und linke Jugendliche müssen mit SPD und PDS **brechen** und genau **nicht** in ihnen „verbleiben“. Was wir dringend brauchen, ist eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei. Dem Aufbau einer solchen Partei haben wir Spartakisten uns verpflichtet.

Und wir sagen auch: **Keine Stimme für die bürgerlichen Grünen!** Sie haben gemeinsam mit der SPD den imperialistischen Bombenkrieg gegen Serbien als Teil der NATO geführt. Und es war die SPD/Grünen-Regierung, die 30 000 Bullen mobilisierte, um den Castor-Atomtransport letztes Jahr gegen den Widerstand von Abertausenden durchzuprügeln.

Als Wowereit davon erfuhr, dass das konservative Sprin-

ger-Blatt *Bild* einen Skandal daraus machen wollte, dass er schwul ist, sah er sich gezwungen, dies publik zu machen. Die CDU entfachte sofort eine reaktionäre homophobe Kampagne gegen Wowereit. Berlins Ex-Innensenator Schönbohm griff implizit das SPD/Grünen-Gesetz an, das das kleine Zugeständnis der standesamtlichen Eintragung von „Lebensgemeinschaften“ Homosexueller macht. Selbst dieses Gesetz, das im Wesentlichen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben festschreibt, geht diesen Reaktionen schon zu weit. Wir Kommunisten kämpfen für volle demokratische Rechte für Homosexuelle.

Gleichzeitig versucht die CDU nun durch das Aufpeitschen einer antikommunistischen Kampagne gegen die PDS wieder an Boden gut zu machen. CDU-Fraktionschef Steffel erklärte, die SPD wolle die Stadt „den Kommunisten zum Fraß“ vorwerfen (*Der Spiegel*, 11. Juni). Ex-Kanzler Kohl will sich massiv in den Berliner Wahlkampf einschalten, auch wenn Merkel & Co. sehr fürchten, dass der Ex-Kanzler aus dem Spendensumpf eher Stimmen kosten wird. Kohl erklärte: „Wer die SED-Nachfolger hofiert, als habe es Mauer und Stacheldraht nie gegeben, macht sich schuldig“ (*Financial Times Deutschland*, 17. Juni). Und die PDS versucht sich mit antikommunistischen „Entschuldigungen“ für den Mauerbau 1961 als „regierungsfähig“ zu beweisen. Das ist ihr Anteil an der antikommunistischen Hetze gegen die DDR, die den Zweck hat, jeglichen Kampf gegen den Kapitalismus zu kriminalisieren. Die Mauer war eine bürokratische Maßnahme der stalinistischen Bürokratie gegen das ökonomische Ausbluten des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch den westdeutschen Imperialismus. Wir Trotzlisten haben die Mauer gegen die deutsche Bourgeoisie verteidigt.

Tatsächlich ist die soziale Misere der Stadt das Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR, in dem die Bourgeoisie enteignet und die Wirtschaft vergesellschaftet war, zerstörte. Westberlin war das antikommunistische Propaganda-Schaufenster und Bollwerk des westdeutschen Imperialismus. Mit Sondersubventionen wurde ein relativ hohes Niveau von Industrie und Infrastruktur aufrechterhalten. Nach der Konterrevolution hing Westberlin nicht mehr am Tropf des Kalten Krieges. Die Ostberliner Industrie, die Hunderttausende mit Arbeit und Auskommen versorgte, wurde wie die Industrie in der übrigen Ex-DDR von der rachsüchtigen deutschen Bourgeoisie zerstört. Gleichzeitig wurde in Westberlin ein Industriebetrieb nach dem anderen dicht gemacht oder drastisch reduziert. Heute zeugen die Kilometer langen Industrie-Ruinen entlang der Spree und die langen Schlangen vor den Arbeits- und Sozialämtern vom Vernichtungsfeldzug der Konterrevolution.

Die PDS mit ihren Losungen „Wir sind ein Volk 1:1“ und „Deutschland einig Vaterland“ war entscheidend dabei, die prokommunistischen Arbeiter der DDR 1990 in die Konterrevolution zu treiben. Wir Trotzlisten waren die einzige Partei, die klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ sagte und mit allen Mitteln unserer Internationale dagegen kämpfte. Wir warteten damals, dass eine kapitalistische Wiedervereinigung die Konterrevolution nach Moskau tragen und hier Massenarbeitslosigkeit, ein Wiedererstarken der Faschisten und die Gefahr neuer Kriege bedeuten würde. Auf bittere Weise behielten wir Recht.

Gegen die heutigen massiven Angriffe der Bourgeoisie, ihrer kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung und ihres Senats ist harter Klassenkampf notwendig. Das erfordert die Schmiedung einer internationalen revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die darum kämpft, in einer sozialistischen Revolution die Bourgeoisie zu stürzen und zu enteignen und eine rationale geplante Wirtschaft aufzubauen. Für ein Rotes Rätendeutschland! ■

Keine Krankenhaus-Schließung in Berlin!

Für gewerkschaftlichen Kampf gegen SPD/Grünen-Angriffe!

Dieses Flugblatt vom 26. April verteilten wir vor Krankenhäusern, Betrieben und an Universitäten.

Am 4. April wurde am „Runden Tisch“ von den Gesellschaftern der „Moabit GmbH“ mit Zustimmung der ÖTV- und DAG-Führung und des Personalrats die Schließung des Krankenhauses Moabit bis März 2002 beschlossen. 1400 Beschäftigte sollen auf die Straße geworfen werden. 1997 wurde denselben Beschäftigten vom Senat und der ÖTV-Führung vorgegaukelt, dass durch die Privatisierung und die Gründung der Moabit GmbH ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Eine Lüge! Die Privatisierung war die Vorreiter-

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

aktion des Berliner Senats für die Schließung und Entlassung tausender Beschäftigter in Moabit und in anderen Krankenhäusern. Die neun städtischen Kliniken, die jetzt zusammen in der NET GmbH mit 17000 Beschäftigten privatisiert sind, stehen als Nächste auf dem Programm des Senats. **Keine Schließung von Moabit und den anderen Krankenhäusern!** Die Streiks der Krankenschwestern letzten Dezember in Polen und 1999 in Irland wurden von der dortigen Bevölkerung begeistert aufgegriffen und zeigten die soziale Sprengkraft in den Krankenhäusern, jedoch blieben sie isoliert und wurden ausverkauft. Das sollte uns eine Lehre sein! **Für gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, um die Angriffe auf die Krankenhäuser zurückzuschlagen!**

Nicht nur in Berlin, sondern in ganz Europa – besonders dort, wo sozialdemokratische Parteien herrschen –, wird das soziale Sicherheitsnetz zerstört, das die Kapitalistenklasse früher zuließ, um die Loyalität der Arbeiter in ihren eigenen Ländern gegen das Gespenst des Kommunismus sicherzustellen. Nach der Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR 1990 – als die Arbeiter der DDR über den „Runden Tisch“ gezogen und an die kapitalistische Marktwirtschaft ausgeliefert wurden – wollen nun die kapitalistischen Sieger das staatliche Gesundheitswesen zerstören. Wir Spartakisten haben mit allen Kräften unserer Internationale die DDR mit ihren vergesellschafteten Eigentumsformen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verteidigt und auf dieser Grundlage für eine proletarische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in der DDR und für eine sozialistische Revolution im Westen gegen den Kapitalismus gekämpft. Gegen die Lügen der PDS, dass es eine „soziale Marktwirtschaft“ geben würde, kämpften wir für ein Rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und warnen, dass die kapitalistische Wiedervereinigung nur Krieg, Massenarbeitslosigkeit und Elend – besonders für Frauen – und verstärkten Rassismus bedeuten würde.

Die Schließung des Moabiter Krankenhauses ist auch ein schwerer Schlag gegen diesen dicht bevölkerten Bezirk, mit seinem hohen Anteil von Immigranten und einer hohen

Armutsrate. Viele werden den weiten Weg in andere, ihnen fremde Kliniken nicht machen, was wohl vom Senat mit einkalkuliert ist. Diese Senats- und Regierungsschurken wollen die arbeitslose und arme Bevölkerung als menschlichen Müll behandeln. Insbesondere Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern und Flüchtlingen, die keine Chipkarte vorlegen können, wird eine Gesundheitsversorgung erschwert. Wir fordern kostenlose Gesundheitsversorgung von höchster Qualität **für alle!**

Seit ihrer Wahl 1998 betreibt die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung bundesweit die Demontage des staatlichen Gesundheits- und Rentensystems. Während damals die Pseudolinke zur Wahl der SPD aufrief, sagten wir Spartakisten: „**SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer – Keine Stimme für SPD, PDS!**“ Kaum im Amt, bombardierte die SPD Serbien, und sowohl SPD als auch PDS führten rassistischen Staatsterror gegen Immigranten weiter. Die SPD ist eine Partei, die von dem revolutionären Bolschewik Lenin als eine bürgerliche Arbeiterpartei charakterisiert wurde: Ihre proletarische Basis wird durch die chauvinistische, prokapitalistische Führung an den Kapitalismus gekettet. Sie ist ein Hindernis im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und fungiert als Agent des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung.

Auf einer Demonstration der Moabiter Kollegen am 19. März gegen die Schließung fragte uns ein Gewerkschafter entsetzt: Wo bleibt die Gewerkschaft? Es waren zwar viele Banner da, vor allem selbst gemalte und geklebte, die gegen die SPD-Gesundheitssenatorin Schöttler gerichtet waren, aber es gab kein einziges Gewerkschaftstransparent. Viele Käufer unserer Zeitung waren zutiefst wütend auf die Gewerkschaftsführung, die einen „Runden Tisch“ forderte und verkündete, dass alles schon verloren sei.

Seitdem die SPD an der Macht ist, nimmt die sozialdemokratische ÖTV-Führung verstärkt ihre Aufgabe wahr, der SPD den Rücken frei zu halten. Deswegen sabotiert sie jeden gewerkschaftlichen Widerstand gegen die „Gesundheitspolitik“ des CDU/SPD-Senats. Im März 1999 stieß die ÖTV-Führung unter Kock und Stumpfenhusen den Beschäftigten mehrerer Berliner Kliniken das Messer in den Rücken, die einen gemeinsamen Protest gegen die Entlassungspläne des Senats organisieren wollten, und boykottierten die Proteste! Heute ist Kock Arbeitsdirektor der NET GmbH. Letztes Jahr wurde der anstehende ÖTV-Streik sowohl von Krankenhausbeschäftigten als auch von BSR- und BVG-Arbeitern als die Gelegenheit gesehen, endlich die Muskeln der Gewerkschaft zu zeigen. Besonders in der Hauptstadt Berlin – am Flughafen, im Nahverkehr, in den Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr – hätte ein ÖTV-Streik die Angriffe von Schröder, Schily und Riester gegen Arbeiter, Rentner, Immigranten und Frauen zurückgeschlagen. Aber der damalige ÖTV-Chef Mai beschloss geschwind hinter dem Rücken der Mitglieder einen Ausverkauf mit Schily, wofür er dieses Jahr von diesem mit einem Posten als Personalvorstand und Arbeitsdirektor des Flughafens Frankfurt/Main belohnt wurde.

Diese Verratspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nennt sich „Sozialpartnerschaft“ – auch

bekannt als „Runder Tisch“ oder „Mitbestimmung“. Wir nennen sie *Klassenkollaboration* – Zusammenarbeit mit den Bossen und dem bürgerlichen Staat. Der Kapitalismus herrscht durch die Macht des Kapitals, sein Gewaltmonopol und seine Kontrolle über alle sozialen Einrichtungen. Mit „Sozialpartnerschaft“ will die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Arbeitern deren eigene Ausbeutung schmackhaft machen und verbreitet damit die nationalistische Lüge, dass die Nation die Interessen der Kapitalisten mit denen der Arbeiter verbindet. So will sie jeden Arbeiterkampf lähmen. Während auf den Moabiter Demos die Deutsche Kommunistische Partei für die Fortführung der Klassenkollaboration warb – die „Erhaltung und Ausweitung der Mitbestimmung“ (Flugblatt, 19. März) –, treten wir im Gegensatz dazu für die *Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Kapitalisten und deren Staat* ein. Dies erfordert einen scharfen politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die prokapitalistische, sozialdemokratische Führung, um das revolutionäre Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, dass ihre Interessen nur im Kampf für den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems verwirklicht werden können. *Brecht mit SPD/PDS! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!*

Als ein Beispiel der pseudolinken Anhängsel der SPD will die Gruppe Arbeitermacht die Arbeiterklasse an ihre verräterische Führung ketten. „Aktivisten“ werden in ihrer Zeitung *Arbeitermacht* (März/April 2001) angehalten, „die Führungen der Gewerkschaften, der SPD und der PDS sowie der Sozialverbände aufzufordern, Kampfmaßnahmen vorzubereiten“. Angeblich sollen diese Führer dann durch ihre Taten zeigen, wo sie stehen. Aber die SPD-Führung (Senatorin Schöttler) zeigt gerade durch ihre Taten – die Schließung des Krankenhauses Moabits –, wo sie steht! Und weder die PDS noch die Gewerkschaftsführung geben auch nur vor, auf der Seite der Kollegen *gegen die Schließung* zu stehen. Die Gruppe Arbeitermacht, zentristische Stehaufmännchen für die SPD, will verhindern, dass Arbeiter mit SPD und PDS brechen, und leistet diesen darum mit linken Tipps und „Aktionsprogrammen“ nützliche Rettungsdienste.

Die erste Demonstration der Moabiter Kollegen am 12. März sollte durch ein massives Polizeiaufgebot eingeschüchert werden. Die Polizei ist kein Freund der Arbeiter! Sie ist der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates und ist dazu da, Arbeiterkämpfe wenn „notwendig“ zu zerschlagen, um das bürgerliche Privateigentum zu verteidigen. Mit ihren Knüppeleinsätzen prügeln sie seit Jahren auf gewerkschaftlich organisierte Immigranten am 1. Mai ein und auf Jugendliche, die Nazis stoppen wollen. Diese Schläger werden von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung im DGB als Gewerkschaftsmitglieder hofiert. Sie gehören aber nicht in die Reihen der Arbeiterbewegung. *Wir sagen: Polizei raus aus dem DGB!*

In den Krankenhäusern arbeiten mehrheitlich Frauen und viele Immigranten. Krankenschwestern sorgen für die Aufrechterhaltung der notwendigen Patientenpflege, viele immigrierte Arbeiter halten in der Reinigung, in den Küchen, in den Sterilisationsanlagen und beim Patiententransport die Krankenhäuser überhaupt in Betrieb. Immigrierte Arbeiter bilden auch eine Brücke zu den Arbeiter-



Pressefoto Peters

Berlin, 12. März: Belegschaft des Krankenhaus Moabit protestiert gegen Schließung. Sozialdemokratische Führung sabotiert gewerkschaftlichen Widerstand gegen sozialen Kahlschlag durch SPD/CDU-Senat

kämpfen in der Türkei, Südkorea und Osteuropa und sind damit ein strategisch wichtiger Bestandteil in jedem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Mobilisierung *aller* Krankenhausarbeiter im Kampf gegen Schließungen und Privatisierungen erfordert einen Kampf gegen die doppelte und sogar dreifache Unterdrückung dieser Frauen und Immigranten – als Arbeiter ausgebeutet, als Immigranten rassistisch diskriminiert, als Frauen den Einschüchterungen ausgesetzt und zu Hause auch noch mit Kinderbetreuung, Einkäufen und Hausarbeit belastet. *Für ausreichende Kinderkrippen rund um die Uhr, bezahlt durch den Staat oder die Firma und kontrolliert von den Eltern und Krippenarbeitern! Weg mit dem Ladenschlussgesetz! Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit den rassistischen Ausländergesetzen!*

Niemand hat diesem Kampf mehr geschadet als die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten, die sich auf die privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse stützen. Mit Zustimmung der von ihnen besetzten Personalräte – diesem krassesten aller Beispiele der Klassenzusammenarbeit gegen die Arbeiter – wurden in den letzten Jahren ganze Dienstleistungsbereiche privatisiert und deren Arbeiter aus der ÖTV ausgegliedert. Reinigungsfrauen, in vielen Krankenhäusern vorwiegend Immigrantinnen, wurden den Haien der privaten Reinigungsfirmen ausgeliefert und im Kuhhandel anderen Gewerkschaften zugeordnet. Somit sind in vielen Krankenhäusern Arbeiter des Krankenhausbetriebs vom medizinischen Personal getrennt gewerkschaftlich organisiert, wenn überhaupt. Schluss damit! *Für gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf aller Krankenhausarbeiter und der Arbeiter im öffentlichen Dienst, um Krankenhausschließungen zu stoppen!*

Die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse sind den Interessen der Kapitalisten und ihrem Staat *unversöhnlich entgegengesetzt*. Der Kapitalismus führt zu imperialistischem Krieg, Massenarbeitslosigkeit und Elend. Die Arbeiter schaffen den gesamten gesellschaftlichen Reichtum und halten die Gesellschaft Tag für Tag am Laufen. Sie können deshalb mit einer revolutionären Führung den Kapitalismus stürzen und die Gesellschaft unter ihrer Rätenschaft lenken. Wir Spartakisten bauen eine revolutionäre Avantgardepartei auf, wie die der Bolschewiki, die 1917 in Russland die multinationale Arbeiterklasse durch eine sozialistische Revolution zur Macht führten. *Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Abonniert den Spartakist! ■*

SPARTAKIST

PDS steht für Angriffe auf Arbeiter, Minderheiten

Berliner Wahlzirkus

Am 16. Juni kündigte die Berliner SPD der CDU nach zehn Jahren gemeinsamer Angriffe auf die Arbeiterklasse die Koalition. Nun regiert mit Unterstützung der PDS ein SPD/Grünen-Übergangssenat mit Klaus Wowereit (SPD) als Bürgermeister. Dies rief einen Aufschrei des Antikommunismus hervor. Michael Glos von der CSU geiferte: „Es ist eine Schande für Deutschland, dass die SPD nun auch in der Bundeshauptstadt die Zusammenarbeit mit den SED-Nachfolgern betreibt“ (*Berliner Morgenpost*, 16. Juni). Auch die SPD war polarisiert. So rief die Berliner SPD-Abgeordnete Anneliese Neef bei der Abstimmung der Misstrauensanträge im Berliner Abgeordnetenhaus zur Enthaltung auf: „Sie stehe nicht dafür zur Verfügung, dass ‚die Erben der SED und der Mauerbauer‘ wieder an der Macht beteiligt würden“ (*Berliner Morgenpost*, 17. Juni).

Anlass war die – wie *Der Spiegel* es ausdrückte – „größte Bankenaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik“ (11. Juni). CDU-Landowsky spielte eine zentrale Rolle, als Vorstandsmitglied die Berliner Bankgesellschaft mit Vorzugskrediten und „Gefälligkeiten“ an Parteifreunde in die Pleite zu treiben. Während jetzt die CDU aufflog, posiert die SPD als Saubermann; doch sie sind *genauso* in den Skandal verwickelt. So wurden Wolfgang Nagel (SPD) als Bausenator und Klaus Riebschläger (SPD) als inzwischen Ex-Landesschatzmeister ebenfalls erlappt. Nur ein Beispiel: 20 Milliarden wurden von der Berliner Landesbank in Immobilienfonds für den Bau von Beamtenwohnungen investiert, wobei die Anleger in solche Projekte für 25 Jahre die Mieteinnahmen kassieren und danach auch noch die Immobilien zum Einstiegspreis faktisch geschenkt bekommen. Nutznießer waren unter anderem die jetzige Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul – von der SPD!

Natürlich ist uns Marxisten – und jedem anderen denkenden Menschen dieser Stadt – klar, dass bürgerliche Politik durch und durch korrupt ist. Aber was die Brisanz des jetzigen Skandals ausmacht, ist das Ausmaß der Korruption im Verhältnis zu den existentiellen Angriffen auf den Lebensstandard der werktätigen Berliner Bevölkerung. Während Berlin schon zuvor mit etwa 63 Milliarden Haushaltsschulden dastand, sind jetzt noch einmal 7 Milliarden dazu gekommen. Mit mehr als 23 000 DM Haushaltsschulden pro Berliner ist das die höchste Verschuldung national. Von ehemals 450 000 industriellen Arbeitsplätzen wurden in den vergangenen zehn Jahren 320 000 zerstört. Im Ostteil der Stadt sind 25 Prozent, im Westteil mehr als 12 Prozent und unter Immigranten ohne deutschen Pass sogar mehr als 40 Prozent arbeitslos. Schon heute hat Berlin die niedrigste Zahl von Krankenhausbetten, Bibliotheken, Sportstätten je Einwohner, aber die höchste Zahl von Sozialhilfeempfängern. Einhergehend mit dem wachsenden sozialen Sprengstoff gibt es mehr Bullen

als in jeder anderen Großstadt. Sie sind der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates und üben tagtäglich ihren rassistischen Staatsterror aus, und wie beim 1. Mai greifen sie die Arbeiterklasse und die Linke an. Gleichzeitig ist die SPD dem weiteren Aufbau Berlins als Protz- und Prunkmetropole des deutschen Imperialismus verpflichtet. Selbst die Einstellung des Baus der „Kanzler-U-Bahn“, die die Regierung als Zeichen ihrer „Bescheidenheit“ propagiert, ist eine Maßnahme gegen die breite Bevölkerung.

Keine Stimme für SPD, PDS!

Die SPD erhält nun strategisch wichtige Rückendeckung von der PDS. So tönt Gysi, er wolle Schluss machen vor allem mit dem „Filz von Politik und Wirtschaft“ ... zusammen-



Berlin, 1. Mai: IG-Metall-Jugend protestiert gegen Bullenterror

men mit der SPD! Die PDS sieht mit den anstehenden Neuwahlen ihre Chance, jetzt auch in der Hauptstadt Berlin wie schon in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit der SPD zu regieren. Dabei betrachten sie Berlin als Sprungbrett für die kommenden Bundestagswahlen, um ihrem Ziel näher zu kommen, den deutschen Imperialismus auch national in einer „Mitte-Links“-Koalition mit der SPD zu verwalten. Und dafür wollen sie sich in Berlin in den Augen der Bourgeoisie bewähren. So erklärte die PDS-Vorsitzende Zimmer in einem Brief an die Partei: „Ist Haushaltssanierung ein Thema für Sozialistinnen und Sozialisten? ... Gerade weil harte Schnitte gemacht werden müssen, braucht es die Sozialistinnen und Sozialisten, weil es ohne sie die notwendige soziale Verantwortung kaum geben wird“ (14. Juni).

Fortgesetzt auf Seite 29